

Einen neuen Anfang machen
Zur Genese des Moskauer Vertrags, 1966-1970

Wissenschaftliche Abschlussarbeit im Rahmen der Ersten
Staatsprüfung für das Lehramt Gymnasium

Vorgelegt von
Andre Fuchs

Rostock, 07.06.2021

Themensteller/ Erstgutachter:
Prof. Dr. phil. habil. Stefan Kreuzberger
Zweitgutachter:
Dr. Fred Mrotzek

Historisches Institut – Philosophische Fakultät – Universität
Rostock



Dieses Werk ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine
Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung, Leitfrage, Forschungsstand.....	1
2. Grundlagen: Entspannungspolitik in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre	7
2.1 Anfänge einer Neuen Ostpolitik während der Großen Koalition	7
2.2 Moskaus westpolitische Flucht nach vorn	15
2.3 Machtwechsel in Bonn	25
3. Verhandlungen: Vom Gewaltverzicht zum Moskauer Vertrag 1969-1970	32
3.1 „Vorläufiger Meinungs-austausch“	32
3.2 Durchbruch: Das „Bahr-Gromyko-Papier“	38
3.3 Letzte Meter: Finalisierung des Vertrags.....	47
4. Schlussbetrachtung.....	52
5. Quellen- und Literaturverzeichnis	57
5.1 Quellenverzeichnis	57
5.2 Literaturverzeichnis.....	65

1. Einleitung, Leitfrage, Forschungsstand

Es waren Bilder, die im Jahr 1971 für großes Aufsehen sorgten: zwei leger gekleidete Männer mit Sonnenbrille, tiefenentspannt und gebräunt auf ihrer Bootstour auf dem Schwarzen Meer oder gemeinsam schwimmend im warmen Wasser. Wenn sie dabei nicht gerade in tiefsinnige Gespräche versunken waren, dann schöpften die Beiden aus ihrem schier unendlichen Fundus an Witzen, die sie sich gegenseitig erzählten.¹ Die Personen, die hier beschrieben werden, sind keine geringeren als der Generalsekretär der KPdSU Leonid Breschnew und der Bundeskanzler Willy Brandt, die sich für ein Wochenende auf der Halbinsel Krim in der Nähe von Jalta zu informellen Gesprächen trafen, um sich in puncto Entspannungspolitik abzustimmen. Abseits der Beratungen war es vor allem die zur Schau gestellte Männerfreundschaft, die jene Zusammenkunft so außergewöhnlich machte. Nach Jahren der Konfrontation zwischen ihren Ländern trafen sich hier zwei der mächtigsten Politiker der Welt und sendeten das Signal einer vertrauensvollen Verständigung an die Öffentlichkeit. Die diplomatische Eiszeit schien somit überwunden. In diesem Zusammenhang sicherte Brandt seinem Gegenüber zu Beginn des Treffens zu: „[...] wir hätten den schweren Anfang hinter uns [...]“.²

Jenen Anfang, auf den der Sozialdemokrat anspielte, stellte der Moskauer Vertrag dar, ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion vom 12. August 1970, in welchem ein gemeinsamer Gewaltverzicht bei der Lösung zukünftiger Konflikte sowie die Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen festgeschrieben worden sind. Der Moskauer Vertrag war nicht nur das zentrale erste Ergebnis der anlaufenden Entspannungsbemühungen, sondern durch seinen „Modus Vivendi“-Charakter auch der Auftakt für die weiteren Ostverträge in den Jahren 1970 bis 1973. Doch wie wurde jene Zeit der Entspannung überhaupt ermöglicht, standen sich doch „Ost“ und „West“ seit 1945 unversöhnlich gegenüber? Und auf welche Weise konnte sich nach jahrelanger transnationaler Konfrontation sogar eine Freundschaft zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU entwickeln?

¹ Vgl. Brandt, Willy: Erinnerungen. Mit einem aktuellen Vorwort. Frankfurt a. M. 1992. S. 206.

² Nr. 57. Aus dem Vermerk des Bundeskanzlers, Brandt, über das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. 16. September 1971. In: Fischer, Frank (Bearb.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Bd. 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974. Bonn 2005. S. 372ff.

Das Treffen der beiden Staatsmänner auf der Krim kann für die Beantwortung dieser Fragen sowohl als Sinn- als auch als Trugbild herangezogen werden. Einerseits war es für die entspannungspolitische Wende notwendig, dass sich zwei gleichberechtigte Partner für ein gemeinsames Ziel stark machten und dieses miteinander verhandelten. Willy Brandt und Leonid Breschnew stehen in diesem Zusammenhang stellvertretend für die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik und die Neue Westpolitik der Sowjetunion, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass der zwischenstaatliche Dialog initiiert werden konnte. Andererseits handelte es sich bei der Entspannungspolitik und speziell dem Moskauer Vertrag nicht um ein Konzept einzelner Akteure, sondern um ein Produkt vielschichtiger Prozesse, die sowohl auf persönlicher als auch auf transnationaler Ebene abliefen. Demnach führte nicht allein das Agieren der beiden Parteiführer zum Vertragsabschluss, vielmehr ebneten ein ganzes Bündel an parteiinternen, nationalen und internationalen Interessenfaktoren sowie politische und wirtschaftliche Handlungszwänge den Weg dorthin. Darüber hinaus handelte es sich bei diesem Prozess um eine langfristige Entwicklung, die ihren Beginn in der Mitte der 1960er Jahre nahm.

Besonders die aktuelle Forschung bestätigt diese komplexe Genese des Moskauer Vertrags, so wie der erst kürzlich erschienene Sammelband von Michael Borchard und Hanns-Jürgen Küsters.³ Im Mittelpunkt dieses Bandes steht die detaillierte Analyse des Zustandekommens jenes Abkommens und dessen Bedeutung für den KSZE-Prozess. Auf der Basis der freigegebenen sowjetischen Quellen aus dem Bestand von Leonid Breschnew wird die Rolle der Sowjetunion für die Aushandlung des Moskauer Vertrags analysiert und die Entwicklung der bundesdeutschen Ostpolitik untersucht. Der Beitrag von Ines Mietkowska-Kaiser aus dem Jahr 1986 war einer der ersten Versuche, die Entstehungsgeschichte des Vertragswerkes nachzuzeichnen. Dabei geht sie auf die Entwicklungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen seit Gründung der Bundesrepublik ein, die in der Aushandlung des Gewaltverzichtsvertrages mündeten.⁴ Allerdings fehlten ihr für die Analyse der Verhandlungen zentrale sowjetische Dokumente, auf die zu jener Zeit noch nicht zugegriffen werden konnte. Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde der Zugang zu den sowjetischen Archivalien möglich. Auf Basis der neuen Quellen-

³ Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020.

⁴ Mietkowska-Kaiser, Ines: Der Weg zum Moskauer Vertrag. In: Jahrbuch für Geschichte. Bd. 38. Berlin 1989. S. 311-360.

lage unternahm Werner Link einen weiteren Versuch, die Genese des Moskauer Vertrags zu untersuchen.⁵ Er setzt sich besonders mit den Vorbedingungen und der konkreten Aushandlung des Vertragswerkes auseinander. Hierbei betont er vor allem die Schaffung eines „Modus vivendi“ und die Bedeutung des Vertrages, die über einen bloßen Gewaltverzicht hinaus geht. Die Monografie von Julia von Dannenberg stellt das bundesdeutsch-sowjetische Gewaltverzichtsabkommen als ein Ergebnis nationaler und internationaler Faktoren dar und liefert die bis dahin umfangreichste Analyse zu dessen Entstehungsprozess.⁶

Diese ausführliche Aufarbeitung jenes Knotenpunktes für die kurzfristige Entspannung während des Kalten Krieges ist der breiten Quellenlage zu verdanken. Eine Vielzahl an Quelleneditionen ermöglicht es, einen Einblick in die geheimen Verhandlungen der Jahre 1969 und 1970 zu erhalten. Wichtige Editionen sind hierbei die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ und die „Dokumente zur Deutschlandpolitik“.⁷ In Band 6 der Berliner Ausgabe zu Willy Brandt sind zudem Schlüsseldokumente zur Rolle des einstigen Außenministers und Bundeskanzlers der Bonner Republik bei der Vorbereitung und Verhandlung der Ostverträge zusammengefasst.⁸ Zudem veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung und dem Russischen Staatlichen Archiv für Neuere Geschichte eine Reihe von bisher geheimen Akten zur Deutschlandpolitik der UdSSR aus dem Bestand des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew. Diese Archivalien ergänzen nicht nur die bisher veröffentlichten Dokumente, sondern verdeutlichen auch die sowjetische Herangehensweise und ihr Konzept einer Westpolitik.⁹ Darüber hinaus vermitteln die Memoiren der damals beteiligten Akteure einen Eindruck vom Ablauf und der Tragweite der deutsch-sowjetischen Unterredungen. Zu nennen sind hier

⁵ Link, Werner: Die Entstehung des Moskauer Vertrags im Lichte neuer Archivalien. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 2/2001. S. 295-315.

⁶ Dannenberg, Julia von: The Foundations of Ostpolitik. The Making of the Moscow Treaty between West Germany and the USSR. Oxford 2008.

⁷ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. München 1994ff.; Siehe auch: Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe. (21. Oktober 1969 bis 30. September 1970). Bd. 1. 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970: Hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Wissenschaftliche Leitung: Klaus Hildebrand und Hans-Peter Schwarz. München 2002.

⁸ Fischer, Frank (Bearb.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Bd. 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974. Bonn 2005.

⁹ Neue Sowjetische Dokumente 1967-1974. Internetressourcen der Konrad-Adenauer-Stiftung. (<https://www.kas.de/de/web/wissenschaftliche-dienste-archiv/portal-ostpolitik>) (04.06.2021).

unter anderem die Erinnerungen von Bundeskanzler Willy Brandt, dem Staatssekretär Egon Bahr oder dem Deutschlandkenner und Botschafter Valentin Falin.¹⁰

Neben den Werken, die sich ausschließlich auf die Genese des Moskauer Vertrags fokussieren, gibt es auch eine Vielzahl von Arbeiten, die sich mit dem gesamten Komplex der bundesdeutschen Ostpolitik beschäftigen. Hier kann die Monografie von Peter Bender genannt werden, in der er sich mit der Entwicklung der Ostpolitik von der Mitte der 1950er Jahre bis hin zur deutschen Wiedervereinigung auseinandersetzt.¹¹ Heinrich Potthoff legte in seiner Arbeit zwar den Schwerpunkt auf die Bonner Deutschlandpolitik seit dem Mauerbau, geht dabei allerdings auch auf die sich verändernde Ostpolitik ein.¹² Die Monografien von Arnulf Baring und Gottfried Niedhart legen ihren Fokus ausschließlich auf das Wirken der sozial-liberalen Koalition.¹³ Während Baring die Herausforderungen und Erfolge der Brandt-Scheel-Regierung in Bezug auf deren Innen- und Außenpolitik skizziert, analysiert Niedhart die Konzeption der Bonner Ostpolitik. In einem früheren Werk stellt Niedhart zudem die Entspannungsprozesse zwischen Bonn und Moskau seit 1966 dar.¹⁴ Somit bezieht er auch die Rolle der Großen Koalition in die Analyse mit ein. Jenes Regierungsbündnis und deren Anfänge einer Neuen Ostpolitik sind auch Gegenstand anderer Werke, wie der von Martin Winkels und Dirk Kroegel.¹⁵ Die Arbeiten von Klaus Schönhoven und Bernd Faulenbach aus der Reihe „Die Sozialdemokratie nach 1945“ analysieren die SPD in den Jahren ihrer Regierungsbeteiligung und gehen dabei unter anderem auch auf die Entwicklung und Umsetzung der Neuen Ostpolitik ein.¹⁶

Im Gegensatz zu dieser ist die sich zeitgleich verändernde Westpolitik Moskaus in der historischen Forschung seltener zu finden. Zwar wird sie oft im Zusammenhang

¹⁰ Brandt, Willy: Erinnerungen. Mit einem aktuellen Vorwort. Frankfurt a. M. 1992.; Siehe auch: Bahr, Egon: Zu meiner Zeit. München 1998.; Siehe auch: Falin, Valentin: Politische Erinnerungen. München 1993.

¹¹ Bender, Peter: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung. München 1996.

¹² Potthoff, Heinrich: Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990. Berlin 1999.

¹³ Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Berlin 1998.; Siehe auch: Niedhart, Gottfried: Durch den Eisernen Vorhang. Die Ära Brandt und das Ende des Kalten Kriegs. Darmstadt 2019.

¹⁴ Niedhart, Gottfried: Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975. München 2014.

¹⁵ Winkels, Martin: Die Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland (1966-1969). Bonn 2009.; Siehe auch: Kroegel, Dirk: Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition. München 1997.

¹⁶ Schönhoven, Klaus: Wendejahre. Die Sozialdemokraten in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969. Bonn 2004.; Siehe auch: Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit 1969-1982. Bonn 2011.

mit der Entspannung diskutiert, umfangreichere Arbeiten zum neuen Westkurs unter Breschnew sucht man allerdings vergebens. An dieser Stelle sollen dennoch einige Titel genannt werden, so z.B. der bereits erwähnte Band zur „Entspannung im Kalten Krieg“ von Borchard. In diesem wird in mehreren Aufsätzen auf die Bedeutung des westpolitischen Kurswechsels eingegangen. Außerdem ist der Sammelband von Boris Meissner und Alfred Eisfeld anzuführen, der unter anderem die sowjetische Perspektive der Entspannungspolitik unter Breschnew thematisiert.¹⁷

Zusammenfassend wird die Tendenz deutlich, dass sich die Forschung zur Phase der Entspannung im Kalten Krieg überwiegend mit der Perspektive der bundesdeutschen Seite beschäftigt. Die neue sowjetische Westpolitik hingegen wird oftmals nur als ein zweitrangiges Phänomen angesehen. Doch insbesondere für die Genese des Gewaltverzichtsabkommens von 1970 ist es essentiell, dass beide Prozesse in einer zusammenhängenden Analyse untersucht werden, was das Ziel dieser Staatsexamensarbeit darstellt. Hierfür soll folgender Forschungsfrage nachgegangen werden: Inwiefern spielte neben der bundesdeutschen Ostpolitik auch die neue sowjetische Westpolitik unter Leonid Breschnew eine Rolle für das Zustandekommen des Moskauer Vertrages? Zur Beantwortung dieser Frage gilt es, Folgendes unter besonderer Zuhilfenahme der neuen sowjetischen Archivalien herauszuarbeiten: Wer waren die zentralen Akteure für die Entstehung des Vertragswerks? Worin bestanden deren Ziele und Überzeugungen? Wie schafften es die Unterhändler, zu Übereinkünften zu gelangen? Weshalb machten sich beide Seiten überhaupt für einen solchen Dialog stark? Warum stellten besonders die internationalen Rahmenbedingungen einen wichtigen Einflussfaktor dar? Und zu guter Letzt: Wo und wann sind die zentralen Weichenstellungen für einen Durchbruch der Unterredungen erreicht worden?

Der zeitliche Rahmen dieser Analyse erstreckt sich über die Jahre 1966 bis 1970. Den Startpunkt liefert hierbei das Zustandekommen der Großen Koalition in der Bundesrepublik, da diese als erste Bonner Regierung auf einen aktiven und weniger konfrontativen Ostkurs setzte. Gleichwohl ist die Idee einer kooperativeren Ostpolitik nicht neu. Schon die vorherigen Bundeskanzler Konrad Adenauer und Ludwig Erhard unternahmen bereits vereinzelte entspannungspolitische Maßnahmen in Richtung Moskau und bereiteten den späteren zwischenstaatlichen Dialog somit allmählich

¹⁷ Meissner, Boris; Eisfeld, Alfred (Hrsg.): 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis. Berlin 1999.

vor. Die Ost- und Deutschlandpolitik unter dem neuen Regierungschef Kurt Georg Kiesinger überstieg die alten Ansätze in Konkretheit und Ernsthaftigkeit der Maßnahmen allerdings deutlich, was nicht zuletzt auf den Einfluss der SPD und Bundesaußenminister Willy Brandt zurückzuführen ist.

Im ersten großen Gliederungspunkt, in dem es um „Entspannungspolitik in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre“ geht, soll daher beginnend mit einem Unterkapitel zur Großen Koalition untersucht werden, worin die „Anfänge einer Neuen Ostpolitik“ bestanden und weshalb die Regierung, obwohl sie nicht die erhofften Erfolge einfahren konnte, eine wichtige Voraussetzung für den Moskauer Vertrag schuf. Im zweiten Unterkapitel soll sich mit den sowjetischen Weichenstellungen hin zu einer Neuen Westpolitik beschäftigt werden. Dabei wird analysiert, worin der neue Kurs bestand, weshalb er notwendig war und welche Rolle Leonid Breschnew in dieser Entwicklung einnahm. Die ersten beiden Unterkapitel thematisieren somit dieselbe Zeitspanne, betrachten jene allerdings sowohl aus der bundesdeutschen als auch aus der sowjetischen Perspektive. Diese parallele Analyse mündet dann in das dritte Unterkapitel, welches sich mit dem überraschenden Machtwechsel in Bonn 1969 und dessen Bedeutung für die deutsch-sowjetischen Beziehungen auseinandersetzt. Hier kommt es darauf an, zu beleuchten, worin die Neuartigkeit der sozial-liberalen Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt bestand und inwiefern diese ausschlaggebend für die Wiederaufnahme des bundesdeutsch-sowjetischen Dialoges war.

Im zweiten großen Gliederungspunkt sollen schließlich die Verhandlungen zum Moskauer Vertrag im Mittelpunkt stehen, die auf der Grundlage der bisher zugänglichen, aber vor allem auch der erst kürzlich veröffentlichten Archivalien ausgewertet werden. Da beide Seiten oftmals auf eine konsequente Wiederholung der eigenen Standpunkte setzten, wird diese Arbeit nicht jedes inhaltliche Detail der Unterredungen darlegen, sondern vielmehr die zentralen Linien des Diskurses nachzeichnen. Dabei werden drei verschiedene Phasen untersucht. Im ersten Unterkapitel geht es um die ersten Sondierungen. Hierbei wird der Frage nachgegangen, warum sich diese als ein erster Dämpfer im gemeinsamen Dialog erwiesen. Das zweite Unterkapitel analysiert die Gesprächsrunden zwischen dem sowjetischen Außenminister Andrei Gromyko und dem bundesdeutschen Chef-Unterhändler und Architekten der Neuen Ostpolitik, Egon Bahr, mit dem Ziel, herauszufinden, bei welchen Punkten es den größten Dissens gab und wie dieser aus dem Weg geräumt werden konnte. Im dritten Unterkapitel geht es schließlich um die finale Aushandlung

des Abkommens und die Frage, worin die letzten Hürden der Verhandlungen bestanden. Am Ende dieser Untersuchung steht die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 1970. Danach soll in einer ausführlichen Schlussbetrachtung die Forschungsfrage auf Basis der getätigten Analyse beantwortet werden, um anschließend die jeweilige Bedeutung des Vertragsabschlusses für die beiden Staaten zu skizzieren.

2. Grundlagen: Entspannungspolitik in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre

2.1 Anfänge einer Neuen Ostpolitik während der Großen Koalition

In vielerlei Hinsicht handelte es sich bei der Großen Koalition der Jahre 1966 bis 1969 um ein außergewöhnliches Bündnis. Denn erstmals regierten die beiden größten Parteien der Bundesrepublik, CDU/CSU und SPD, gemeinsam und sorgten sowohl durch die ambivalente Zusammensetzung des Kabinetts als auch durch ihr Programm für eine Zäsur in der bundesdeutschen Geschichte. Nachdem die christlich-liberale Regierung unter Bundeskanzler Ludwig Erhard im Jahr 1966 auseinandergebrochen war, wurde dem damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger die Regierungsverantwortung übertragen. Der gelernte Rechtsanwalt musste nun nach der Krise der Vorgängerregierung einen verlässlichen Koalitionspartner finden. Die Wahl fiel dabei recht schnell auf die Sozialdemokraten.¹⁸ Der SPD-Strippenzieher Herbert Wehner, der sich schon lange für eine Große Koalition einsetzte, griff diese Entscheidung in seiner Rolle als starker Mann im Hintergrund sofort auf. Daraufhin entwickelte sich eine vertraute Beziehung zwischen den beiden Partei-Strategen, die aufgrund der Vorbehalte in den eigenen Reihen gegen das „unnatürliche Bündnis“ einiges an Überzeugungskraft aufwenden mussten. Selbst der SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt sprach sich gegen eine Kooperation mit den Christdemokraten aus, da er in der FDP den besseren Partner sah.¹⁹ Letztendlich einigten sich die Parteien dennoch auf eine gemeinsame Regierung, da sich beide von diesem Zusammenschluss individuelle Vorteile erhofften. So sollte die SPD die Union aus ihrer wirtschaftlichen und innenpolitischen

¹⁸ Vgl. Kroegel. 1997. S. 34.

¹⁹ Vgl. Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist. Stuttgart/München 2002. S. 487.

Notlage retten, die Sozialdemokraten hingegen würden sich als Regierungspartei behaupten und könnten somit wertvolle Erfahrung für eine spätere, eigens geführte Regierung sammeln.²⁰

Trotz der Übereinkunft sollten die Bedenken gegenüber der neuen Konstellation in Bonn immer wieder zu Tage treten. Dies lag nicht zuletzt an der Zusammensetzung des Kabinetts, das ein Sammelsurium und Aufeinandertreffen gegensätzlichster Biographien darstellte. Während Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Wirtschaftsminister Karl Schiller einst der NSDAP angehörten, war Herbert Wehner als neuer Minister für Gesamtdeutsche Fragen ein ehemaliger KPD-Funktionär. Finanzminister Franz-Josef Strauß kämpfte im Krieg als Soldat der Wehrmacht und Außenminister Willy Brandt floh vor den Schrecken der NS-Herrschaft nach Skandinavien.²¹ Trotz jener ambivalenten Lebensläufe arbeitete die Regierung vor allem in innenpolitischen Fragen sehr eng und vertrauensvoll miteinander, weshalb die Koalition auch ein Stück weit für eine gesellschaftliche Aussöhnung etwa 20 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand. In puncto Außenpolitik führten die unterschiedlichen Sozialisationen der Akteure allerdings oftmals zu Meinungsverschiedenheiten. Dies wurde vor allem im Verhältnis zwischen Kiesinger und Brandt deutlich, die sich zwar kollegial akzeptierten, auf menschlicher Ebene jedoch nicht verstanden, gerade deswegen weil beide Außenpolitiker waren und somit durchaus miteinander in Konkurrenz traten. Doch trotz der Differenzen waren beide davon überzeugt, dass sich vor allem die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Vergleich zu den Vorgängerregierungen ändern müsse.²²

Der Wandel in der bundesdeutschen Ostpolitik zeichnete sich dann erstmals in der Regierungserklärung Kiesingers vom 13. Dezember 1966 ab. Als erster deutscher Kanzler wandte er sich mit einem versöhnlichen Grundtenor an die Staaten Osteuropas und bekundete seinen Willen zu einer friedlichen Nachbarschaft. Er stellte die Ostpolitik bewusst an die erste Stelle des außenpolitischen Teils seiner Rede und eröffnete gegenüber der Sowjetunion den erneuten Austausch von Gewaltverzichtserklärungen, wie es einst sein Vorgänger Erhard mit der Friedensnote getan hatte. Jedoch ging Kiesingers Angebot deutlich über jenes aus dem März 1966 hinaus, da er nun auch indirekt die DDR mit einbezog. Demzufolge war

²⁰ Vgl. Bender. 1996. S. 138.

²¹ Vgl. Fischer, Frank (Bearb.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Bd. 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974. Bonn 2005. S. 21.

²² Vgl. Winkels. 2009. S. 66.

Kiesinger sogar bereit, die innerdeutsche Grenze zu garantieren.²³ Den osteuropäischen Staaten bot er eine Verbesserung der Verhältnisse in jeglichen Bereichen an und betonte das Ziel seiner Regierung, nach Möglichkeit auch diplomatische Beziehungen mit ihnen aufnehmen zu wollen. Außerdem deutete der Bundeskanzler die eventuelle Umgehung der Hallstein-Doktrin an, indem diese nur indirekt in einem Nebensatz erwähnt wurde. Zusätzlich stellte er eine Aussöhnung mit Polen in Aussicht, zeigte Bereitschaft zur Verständigung mit der Tschechoslowakei, verurteilte in diesem Zusammenhang die Politik Hitlers und erklärte das Münchener Abkommen von 1938 für ungültig.²⁴ Von großer Bedeutung waren darüber hinaus seine Äußerungen zur DDR. Diese nannte er nicht wie üblich abschätzig „Sowjetzone“, sondern betonte vielmehr den Wunsch nach Frieden und Verständigung. Er ging sogar so weit, direkte innerdeutsche Behördenkontakte in Aussicht zu stellen, ohne allerdings die DDR dabei völkerrechtlich anzuerkennen.²⁵ Die ostpolitischen Denkkategorien der Regierung Kiesinger unterschieden sich somit deutlich von denen ihrer Vorgänger. Diese entspannungspolitische Wende war vor allem auf den Einfluss der SPD zurückzuführen. Die Regierungserklärung knüpfte in vielen Punkten an das Regierungsprogramm der Sozialdemokratie an, das auf eine Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten abzielte.

Grundlage der veränderten Ost- und Deutschlandpolitik stellte die Einsicht der Bundesregierung dar, dass sich die internationale Lage verändert hatte. Nachdem nämlich die Sowjetunion die nukleare Zweitschlagfähigkeit erlangt hatte, sprachen sich sowohl Washington als auch Moskau für einen entspannungspolitischen Dialog aus, um eine atomare Eskalation zu verhindern. Diese Phase der Détente sollte auch die Grundlage für die späteren Ostverträge und den KSZE-Prozess bilden. Nicht zuletzt um einer internationalen Isolation zu entgehen, war es für die Bundesrepublik notwendig, ihre Ostpolitik zu überarbeiten und sich jener Entwicklung anzuschließen. Diese Akzeptanz der vorliegenden Realitäten wurde zum Charakteristikum der Neuen Ostpolitik.²⁶ Der Großen Koalition war es nun daran gelegen, rasch ihre Pläne in die Tat umzusetzen. Dementsprechend besiegelte Bundesaußenminister Brandt bereits Ende Januar 1967 mit Vertretern aus Rumänien einen gegenseitigen Austausch von Botschaftern. Jenen Kontakt bereitete einst sein Vorgänger im

²³ Vgl. Kroegel. 1997. S. 71.

²⁴ Vgl. Schönhoven. 2004. S. 91f.

²⁵ Vgl. Kreuzberger, Stefan: Westintegration und Neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik. Berlin 2009. S. 97f.

²⁶ Vgl. Link. 2001. S. 296f.

Auswärtigen Amt, der CDU-Politiker Gerhard Schröder, vor. Der SPD-Vorsitzende konnte diese frühere Initiative aufgreifen und den Erfolg erster ostpolitischer Veränderungen für sich verbuchen. Bukarest versprach sich von der Annäherung einen Ausbau seiner wirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik. Bonn erhielt im Gegenzug eine Präsenz im Osten, ohne dafür etwaige Vorbedingungen erfüllen zu müssen, was die sowjetische Führung eigentlich noch gefordert hatte.²⁷

Willy Brandt, der wie kein anderer für das Amt des Bundesaußenministers geeignet war, da er bereits in seiner Rolle als Bürgermeister von West-Berlin Weltpolitik betrieben hatte, zeigte sich sehr zuversichtlich, dass dem rumänischen Beispiel noch weitere osteuropäische Staaten folgen würden. Dies stellte sich allerdings als ein Trugschluss heraus. Denn aus Angst vor einer Destabilisierung des „Ostblocks“ schoben Moskau und Ost-Berlin einen Riegel vor weitere Verhandlungen zwischen Bonn und den Warschauer-Pakt-Staaten, indem sie zwischen Januar und April eine Vielzahl an Maßnahmen verabschiedeten, die der Großen Koalition in kürzester Zeit den Boden unter den Füßen entzog. Durch die sogenannte Ulbricht-Doktrin machten sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik von der vorherigen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und dem Ende des westdeutschen Alleinvertretungsanspruches abhängig. Sowohl die Bildung des „Eisernen Dreieckes“, ein Zusammenschluss aus DDR, Polen und der Tschechoslowakei, als auch die Beschlüsse der Karlsbader Konferenz integrierten den ostdeutschen Staat zusätzlich noch stärker in die sozialistische Staatengemeinschaft. In Karlsbad wurde zudem ein Katalog beschlossen, der die Bedingungen für eine europäische Friedenskonferenz auflistete. Hierunter fanden sich unter anderem Forderungen wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze oder das Ende der Hallstein-Doktrin und somit allesamt Punkte, die zu jenem Zeitpunkt für den „Westen“ unannehmbar und in der Großen Koalition auch nicht konsensfähig waren.²⁸ Die innere Konsolidierung des „Warschauer Pakts“ durchkreuzte die Pläne der Bundesregierung, an Moskau vorbei einzelne bilaterale Verträge mit den osteuropäischen Staaten zu schließen.²⁹ Nach einem furiosen Start geriet die Bonner Ostpolitik somit bereits früh in eine Sackgasse.

Die Koalitionspartner waren also gezwungen, neue Konzepte zu erarbeiten, wenn sie den Ost-West-Dialog nicht abreißen lassen wollten. Während sich in der Union

²⁷ Vgl. Niedhart. 2014. S. 46f.

²⁸ Vgl. Schönhoven. 2004. S. 94f.

²⁹ Vgl. Mietkowska-Kaiser. 1989. S. 338.

vor allem die Kritiker einer veränderten bundesdeutschen Ostpolitik durch die rigorose Haltung Moskaus bestätigt fühlten, suchten Teile der Sozialdemokraten nach neuen Wegen für eine Entspannung mit dem Osten. Vor allem der Bundesaußenminister plädierte dafür, den eingeschlagenen Weg fortzuführen. Am 3. März 1967 traf sich deshalb Brandts enger Vertrauter Egon Bahr, der später als Architekt der sozial-liberalen Ostpolitik in die Geschichte eingehen sollte, in seiner Rolle als Mitarbeiter im Auswärtigen Amt mit dem Ersten Sekretär der sowjetischen Botschafter Sacharow. In einem sehr vertrauensvollen Gespräch betonte Bahr vor allem die aufrichtige Absicht der neuen Koalition, die Beziehungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten dauerhaft zu verbessern. Hierfür arbeite die Regierung auch an einem modifizierten Programm, um auf die aufgestellten Bedingungen für eine Entspannung konstruktiv zu antworten. Der SPD-Politiker ging sogar soweit, zu behaupten, dass sie bereit sei, ihre früheren Ansichten in Bezug auf die getätigten Forderungen, wie beispielsweise die Anerkennung von Oder-Neiße-Linie oder der DDR, komplett zu überdenken. Schlussendlich sprach er sich für bilaterale Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion aus, um das gegenseitige Misstrauen abzubauen.³⁰

Jene Ansätze sollten einige Jahre später zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrags führen. Zu diesem Zeitpunkt waren diese Konzessionen allerdings vor allem für die Union nicht akzeptabel.³¹ Das Ausbleiben greifbarer außenpolitischer Erfolge verschlechterte zudem zunehmend das Verhältnis der beiden Koalitionspartner und offenbarte die zeitweise kaschierten Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Ostpolitik.³² Über diese internen Streitigkeiten sprach im Februar 1968 unter anderem auch der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Schmidt, mit Sacharow und machte ihm deutlich, dass es vor allem die Sozialdemokraten seien, die sich für eine Neujustierung des eingeschlagenen entspannungspolitischen Kurses einsetzen.³³ Die Zerrissenheit der Koalition wurde abermals deutlich, als es um die

³⁰ Vgl. 3. März 1967: Gespräch des Ersten Sekretärs der sowjetischen Botschaft in der BRD, A. D. Zacharov, mit dem Leiter des Planungsstabs des Auswärtigen Amts, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9423602/1967_03_03_RGANI_F5_op59_d360_S_50-54.pdf/9dbfea8f-b56f-0c2c-6846-3852741ac35c?t=1593177716271) (14.04.2021).

³¹ Vgl. Möller, Horst: Franz Josef Strauß und die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 159.

³² Vgl. Schönhoven. 2004. S. 380f.

³³ Vgl. 28. Februar 1968: Gespräch des Ersten Sekretärs der sowjetischen Botschaft in der BRD, A. D. Zacharov, mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, H. Schmidt.

Unterzeichnung des durch die USA und die UdSSR ausgehandelten Atomwaffensperrvertrages ging. Brandt ließ von Beginn an keinen Zweifel daran aufkommen, dass er das Vertragswerk unterzeichnen wolle, da es nicht zuletzt die einzige Möglichkeit für die Große Koalition darstellte, einen kurzfristigen Erfolg in ihrer Ostpolitik zu erzielen, zumal Moskau dies auch zu einer Bedingung für den weiteren Dialog ausgerufen hatte.³⁴ Die Union hingegen weigerte sich unter lautstarker Kritik, den Nichtverbreitungs-Vertrag zu unterzeichnen. Zu ihrem Wortführer in dieser Frage avancierte Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß, der sich als ehemaliger Verteidigungsminister darüber brüskierte, dass sich die Bundesrepublik aus Bereichen zurückziehe, „aus denen die anderen uns raushaben wollen, nur um ihre eigene Sicherheit zu erhöhen“.³⁵ Nachdem sich zusätzlich noch Altkanzler Konrad Adenauer in die Diskussion eingemischt hatte, schien sogar ein Koalitionsbruch möglich. Um jedoch eine Staatskrise zu verhindern, bemühten sich die Beteiligten schließlich um eine Versachlichung der Auseinandersetzung, indem sie den Diskurs parlamentarisch koordinierten und nicht in der Öffentlichkeit eskalieren ließen.³⁶ Durch diesen Zeitgewinn sicherte die Regierung zwar ihren inneren Zusammenhalt, verpasste allerdings, ein wichtiges Zeichen in Richtung der Sowjetunion zu setzen, da es bis zum Ende der Amtszeit nicht zu einer Unterzeichnung des Vertrages kommen sollte.

Die letzte Hoffnung für den Durchbruch der Ostpolitik beruhte nun auf der Idee einer bundesdeutsch-sowjetischen Gewaltverzichtserklärung. Ein solches Abkommen, das Bundeskanzler Kiesinger in seiner Regierungserklärung bereits in Aussicht gestellt hatte, zielte darauf ab, jegliche Streitfragen mit der UdSSR und deren Verbündeten auf friedlichem Wege zu lösen. Im Kreml wurde dieser Vorschlag begrüßt und es kam in den Jahren 1967 und 1968 zu informellen Gesprächen. Hierbei verknüpfte Moskau jedoch abermals den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit unannehmbaren Vorleistungen. Zudem weigerte sich die Bundesregierung, auch die DDR in den Gewaltverzicht mit einzubeziehen. In der Folge verlief auch dieser Dialog in eine Sackgasse und fand sein vorläufiges Ende, als die sowjetische Seite im Juli 1968 den bisherigen Notenwechsel veröffentlichte.³⁷

(https://www.kas.de/documents/259803/9423756/1968_02_28_RGANI_F5_op60_d475_S_6-10.pdf/6c0db8a0-3531-9199-8c9d-6914164d8e97?t=1593178546447)(17.04.2021).

³⁴ Vgl. Kroegel. 1997. S. 99ff.

³⁵ Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen. Berlin 1989. S. 192f.

³⁶ Vgl. Schönhoven. 2004. S. 106ff.

³⁷ Vgl. Mietkowska-Kaiser. 1989. S. 339f.

Erschwert wurden die gescheiterten Gespräche allerdings nicht nur durch die kompromisslose Haltung der UdSSR, sondern auch durch die direkten Angriffe des Kanzlers und weiterer prominenter Unionspolitiker gegen die Gewaltverzichtspolitik Brandts. Besonders die tiefe Abneigung Kiesingers gegenüber Egon Bahr führte im Verhältnis zwischen Regierungschef und Außenminister zu einem neuen Tiefpunkt.³⁸ Dies verdeutlicht allein schon die Tatsache, dass sie es zu jenem Zeitpunkt lieber vorzogen, schriftlich miteinander in Kontakt zu treten, anstatt die Dinge persönlich zu klären.³⁹

Nach einem schleichenden Verfall der bundesdeutschen Ostpolitik sollte der eingeschlagene Kurs der Entspannung spätestens nach der gewaltsamen Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 durch die Intervention sowjetischer Truppen den härtesten Dämpfer hinnehmen. So scheiterte nicht nur der Versuch, in der ČSSR einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu erschaffen, sondern auch die Strategie der Bundesrepublik, einen Ost-West-Dialog an Moskau vorbei zu initiieren.⁴⁰ Denn angetrieben von der Furcht einer Destabilisierung des „Ostblockes“ durch die Reformgedanken aus Prag stellte die UdSSR ihre Macht innerhalb des „Warschauer Pakts“ wieder her und zementierte diese eindrucksvoll durch die „Breschnew-Doktrin“, die dem Kreml die Möglichkeit eröffnete, jegliche Oppositionsbewegungen in den sozialistischen Staaten niederzuschlagen.⁴¹ Dieser Umstand bedeutete für die Bundesregierung, dass ihr entspannungspolitischer Spielraum sich somit gen Null belief, da die Möglichkeit von bilateralen Verträgen mit einzelnen osteuropäischen Staaten durch die sowjetische Machtdemonstration verhindert wurde. Jedoch führte dies nicht dazu, dass Bonn zum Schwarz-Weiß-Denken der 1950er-Jahre zurückkehrte. Sowohl der Bundeskanzler als auch sein Außenminister schätzten die Lage differenziert ein und plädierten trotz der erschwerten Bedingungen für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik.⁴²

Während sich in der Union Widerstände gegen diese Entscheidung formierten, unterstützte die Sozialdemokratie diesen Schritt ausdrücklich und ging sogar noch

³⁸ Vgl. Schönhoven. 2004. S. 386f.

³⁹ Vgl. Merseburger. 2002. S. 535.

⁴⁰ Vgl. Schönhoven. 2004. S. 400.

⁴¹ Vgl. Kramer, Mark: Die Brežnev-Doktrin und ihre Auswirkungen auf die Ostpolitik. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 236f.

⁴² Vgl. Bange, Oliver: Das Ende des Prager Frühlings 1968 und die bundesdeutsche Ostpolitik. In: Greiner, Bernd; Müller, Christian Th.; Walter, Dierk (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg. Bd. 2. Hamburg 2008. S. 431.

weiter. Denn für die ostpolitischen Vordenker der SPD fungierte die Krise in der Tschechoslowakei wie ein Katalysator für die weitere Modifizierung ihrer Ostpolitik.⁴³ Aufgrund der festgefahrenen Lage erneuerte Egon Bahr sein Plädoyer für bilaterale Gespräche mit der Sowjetunion und entwickelte die Überlegung, dass „es der Durchsetzung unserer Interessen, den Status quo zu überwinden, nicht am dienlichsten wäre, einige Elemente des Status quo zu akzeptieren“.⁴⁴ Diese Formel sollte die Grundlage für die weitere sozialdemokratische Ostpolitik schaffen, die von nun an die vorliegenden Realitäten in Europa anerkannte, den Spielraum transformativer Entwicklungen in Osteuropa nicht überschätzte und in Moskau den ersten Ansprechpartner für eine Entspannungspolitik sah.⁴⁵ Doch im Angesicht des dramatischen Rückschlags im Dialog mit der Sowjetunion waren in der Großen Koalition und der Bundestagsfraktion viele Christdemokraten nicht mehr bereit, dieser Programmatik zu folgen. Somit fehlte es der Regierung zum Ende ihrer Amtszeit an einer gemeinsamen Basis für die Ost- und Deutschlandpolitik.

Parallel zur dieser Entfremdung näherten sich SPD und FDP immer weiter aneinander an. Dies lag zum einen an den ähnlichen Überzeugungen hinsichtlich der Entspannungspolitik, zum anderen intensivierten die Sozialdemokraten die Beziehungen zu den Freien Demokraten auch aktiv aufgrund von schwachen Umfragewerten im Herbst 1968 und im Angesicht der Bundestagswahl im darauffolgenden Jahr.⁴⁶ Darüber hinaus unternahmen Vertreter beider Parteien Reisen nach Moskau, um die sowjetischen Entspannungsinteressen abzuklopfen. In den Gesprächen erhielten die bundesdeutschen Politiker durchaus den Eindruck, dass die Sowjetunion zu einem pragmatischen bilateralen Dialog bereit wäre, wenn die Bundesregierung den Gesprächsfaden aufnehmen würde.⁴⁷ Dies wurde jedoch umso unwahrscheinlicher, je näher die Bundestagswahl rückte und die Streitigkeiten in der Koalition zunahmen. Am Ende bewahrheitete sich, was sich zu Beginn der Amtszeit angedeutet hatte. Aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich der Ost- und Deutschlandpolitik waren die Koalitionspartner nicht mehr in der Lage, auf die sich im Jahr 1969 verändernde Einstellung der Sowjetunion bezüglich einer

⁴³ Vgl. Schwarz, Hans-Peter: Die Regierung Kiesinger und die Krise in der ČSSR 1968. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 2/1999. S. 182f.

⁴⁴ Dok. 324. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr. 1. Oktober 1968. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1968. Bd. II. München 1999. S. 1280.

⁴⁵ Vgl. Kramer. 2020. S. 241f.

⁴⁶ Vgl. Merseburger. 2002. S. 564.

⁴⁷ Vgl. Niedhart, Gottfried; Albert, Reiner: Neue Ostpolitik und das Bild der Sowjetunion von 1968 bis 1975. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 14/1994. S. 32.

Normalisierung der transnationalen Beziehungen adäquat zu reagieren. Das große Experiment, ein unnatürliches Bündnis aus Union und SPD, war somit gescheitert. Doch trotz all der internen Querelen lieferte die Große Koalition wichtige Weichenstellungen für die zukünftige bundesdeutsche Entspannungspolitik. So sorgte sie einerseits für eine Entlastung nach Westen, indem sie sich den internationalen Bemühungen der Détente anschloss. Andererseits knüpfte sie erste diplomatische Beziehungen mit einigen Staaten Osteuropas und zeigte, dass von der Bundesrepublik keine militärische Gefahr mehr ausging.⁴⁸ Auch in der Deutschlandpolitik erreichte Herbert Wehner als zuständiger Minister trotz der Blockadehaltung des Ulbricht-Regimes einige Verbesserungen des innerdeutschen Verhältnisses. Es war auch das Bündnis aus Christ- und Sozialdemokraten, das sich nicht nur erstmals für eine Konkretisierung des Gewaltverzichts mit der UdSSR einsetzte, sondern auch die Entscheidung traf, den zwischenzeitlich abgebrochenen Dialog mit Moskau wieder aufzunehmen, indem es der sowjetischen Seite am 3. Juli 1969 entsprechende Entwürfe zukommen ließ. Dieses Angebot markierte schlussendlich den Auftakt für die Verhandlungen zum Moskauer Vertrag, die jedoch nicht mehr von der Großen Koalition geführt wurden, sondern von einer neuen Regierungskonstellation in Bonn.⁴⁹

2.2 Moskaus westpolitische Flucht nach vorn

Ähnlich wie der Bundesrepublik fehlte es der Sowjetunion lange an pragmatischen Konzepten für eine Entspannung. Vielmehr versuchte sich die UdSSR zu Beginn der 1960er Jahre unter der Führung von KPdSU-Generalsekretär Nikita Chruschtschow an einer weltpolitischen Offensive, die ihren Höhepunkt im Bau der Berliner Mauer und der Kubakrise fand. Vor allem letztere führte fast zum Ausbruch eines Dritten Weltkriegs. Die Eskalation konnte noch im letzten Moment durch ein gemeinsames Einlenken der beiden Supermächte verhindert werden. Dies war allerdings gleichbedeutend mit dem Ende des sowjetischen Globalismus und ging einher mit dem politischen Niedergang von Regierungschef Chruschtschow. Nachdem er am 15. Oktober 1964 gestürzt wurde, übernahmen Alexej Kossygin das Amt des Ministerpräsidenten und Leonid Breschnew die viel wichtigere Position des General-

⁴⁸ Vgl. Bender. 1996. S. 151f.

⁴⁹ Vgl. Link. 2001. S. 301.

sekretärs des ZK der KPdSU.⁵⁰ Besonders vom neuen Parteichef versprochen sich dessen Befürworter, dass er zukünftig auf unnötige Risiken in Bezug auf den Westen verzichten und die Erfolge der UdSSR sichern würde.⁵¹

Die sowjetische Westpolitik verlief daraufhin in den sechziger Jahren dreigleisig. Moskau suchte den Dialog mit Washington zur Regulierung des Wettrüstens und zum Ausloten ökonomischer Zusammenarbeit, intensivierte allerdings gleichzeitig seine Aufrüstung, um eine nukleare Parität zu erreichen, und förderte bewusst die Auflösungstendenzen innerhalb des Atlantischen Bündnisses. Ziel der Sowjetunion war es, zwar einerseits für eine internationale Entspannung zu sorgen, andererseits jedoch vor allem die eigene Machtposition zu stärken und die USA aus Westeuropa zu verdrängen. Dieser Kurs wurde nicht zuletzt in der „Bukarester Deklaration“ vom Juli 1966 deutlich.⁵² Die Warschauer-Pakt-Staaten erneuerten in dieser Erklärung ihre Idee einer gesamteuropäischen Friedenskonferenz, die ursprünglich bereits in den 1950er Jahren von Seiten der Sowjetunion und ihrer Bündnispartner erwogen wurde, aufgrund der Zuspitzung des Kalten Kriegs allerdings in Vergessenheit geraten war. Nun wurden erstmals alle Vorschläge bezüglich eines solchen Kongresses zusammengefasst und konkretisiert. Dabei einigten sich die Staaten des „Warschauer Pakts“ auf folgende Bedingungen, die aus ihrer Sicht für eine Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz notwendig waren: die Anerkennung der bestehenden Grenzen, einen allgemeingültigen Gewaltverzicht, die Auflösung von Militärbündnissen, den Abzug aller ausländischen Truppen aus den beiden deutschen Staaten sowie den bundesdeutschen Verzicht auf nukleare Waffen und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR.⁵³

Diese Forderungen waren für die westliche Seite nicht anzunehmen, auch weil der „Bukarester Appell“ den Eindruck vermittelte, dass es allein die USA und die Bundesrepublik seien, die für die Spannungen in Europa verantwortlich waren. Dadurch konnte zu jenem Zeitpunkt weder mit Washington, noch mit Bonn eine stabile Basis für eine gemeinsame Entspannungspolitik gefunden werden.⁵⁴ Dagegen zeichneten sich im französisch-sowjetischen Verhältnis komplett gegen-

⁵⁰ Vgl. Görtemaker, Manfred: Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943-1979. München 1979. S. 44ff.

⁵¹ Vgl. Westad, Odd Arne: Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte. Bonn 2020. S. 409.

⁵² Vgl. Görtemaker. 1979. S. 51.

⁵³ Vgl. Senoo, Tetsuji: Ein Irrweg zur deutschen Einheit? Egon Bahrs Konzeptionen, die Ostpolitik und die KSZE 1963-1975. Frankfurt am Main 2011. S. 64.

⁵⁴ Vgl. Görtemaker. 1979. S. 53.

teilige Tendenzen ab. Die Idee des französischen Präsidenten Charles de Gaulle, ein Europa „vom Atlantik bis zum Ural“ zu formen, stieß im Kreml auf große Zustimmung, da sie die Existenz der NATO untergrub und zu einer massiven Schwächung der Vereinigten Staaten führen würde. Daher sorgte vor allem Leonid Breschnew intensiv für eine Verbesserung der Beziehungen und lud das französische Staatsoberhaupt sogar nach Moskau ein.⁵⁵ Hier zeigte sich auch erstmals, dass der neue starke Mann an der Spitze der KPdSU weniger ideologisch Politik betrieb, sondern gewillt war, nach pragmatischen Lösungen zu suchen. Denn während de Gaulle nach seiner Amtsübernahme durch die sowjetische Seite im Sinne des kommunistischen Weltbildes noch als ein Vertreter der „Bourgeoisie“ verunglimpft worden war, sah Breschnew in dem vermeintlichen „Klassenfeind“ vor allem einen wichtigen Partner, mit dem er in vielen Punkten, wie der Unverletzlichkeit der Grenzen, der Vermeidung von Krieg und der Absage eines westdeutschen Zugangs zu Atomwaffen, die gleichen Auffassungen teilte. Somit handelte es sich bei der Détente anfänglich primär um ein französisch-sowjetisches Projekt, was vor allem die Beziehungen Frankreichs mit den USA und der Bundesrepublik auf die Probe stellte.⁵⁶

Trotz des guten Verhältnisses mit Charles de Gaulle musste Leonid Breschnew zuerst einmal in die Rolle des Außenpolitikers hineinwachsen. Dieser Umstand hatte mehrere Gründe. So galt er lange vor allem als ein innenpolitisches Talent, das trotz seiner vorherigen Rolle als Vorsitzender des obersten Sowjets über kaum Erfahrungen im Umgang mit den weltpolitischen Gegenspielern verfügte.⁵⁷ Zu Beginn seiner Amtszeit forderte dann hauptsächlich die desaströse Versorgungslage seine volle Aufmerksamkeit und anschließend brauchte er einige Zeit, um seine Macht im Politbüro zu festigen. Immerhin gingen viele Mitglieder der KPdSU davon aus, dass es sich bei dem neuen Parteichef lediglich um eine Übergangsfigur handele, die den Scherbenhaufen, den Chruschtschow hinterlassen hatte, aufkehren und die Grundlage für einen deutlich mächtigeren Nachfolger schaffen sollte.⁵⁸ Schlussendlich verfügte er in seiner Rolle als Generalsekretär auch nicht über die offiziellen Befug-

⁵⁵ Vgl. Radchenko, Sergey: Die Sowjetunion, China und die Entspannungspolitik. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 250.

⁵⁶ Vgl. Ebd. S. 250f.

⁵⁷ Vgl. Peckert, Joachim: Die Deutschlandpolitik Breshnews im Europakonzept der Sowjetunion. In: Meissner, Boris; Einfeld, Alfred (Hrsg.): 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis. Berlin 1999. S. 84.

⁵⁸ Vgl. Prozumenščikov, Michail: Brežnev und Brandts „neue Ostpolitik“. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 99.

nisse, außenpolitische Entscheidungen zu treffen. Hierfür waren allen voran Außenminister Andrej Gromyko und Ministerpräsident Alexei Kossygin zuständig. Allerdings fungierte Breschnew als Generalsekretär des ZK der KPdSU als erster Ansprechpartner für die Parteiführer der „Bruderstaaten“ und war somit in der Lage, aus der sozialistischen Gemeinschaft heraus Impulse in der Außenpolitik zu liefern.⁵⁹ Diese Kompetenz nutzte Breschnew besonders für die innere Konsolidierung des „Warschauer Pakts“ aus.

Hier handelt es sich um einen Prozess, der vor allem in Anbetracht des bundesdeutschen Versuches, durch eine selektive Ostpolitik einzelne osteuropäische Staaten näher an sich zu binden, und der daraus resultierenden Furcht der Sowjetunion vor einer Destabilisierung des „Ostblocks“ vorangetrieben wurde. Als konkrete Maßnahme auf den Bonner Kurs wurden die Grundsätze der „Bukarester Deklaration“ durch die bereits erwähnte Verabschiedung der Karlsbader Erklärung von 1967 erneuert. Jene Linie der sowjetischen Blockadehaltung ist nicht zuletzt auch auf Breschnews Einstellungen gegenüber der Bundesrepublik zurückzuführen. Der gebürtige Ukrainer war von Anfang an skeptisch in Bezug auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Kreml und Bundeskanzleramt, da er – wie auch fast die komplette sowjetische Führung – den westdeutschen Staat aus der Perspektive der DDR sah und ihn als einen Hort des Revanchismus einschätzte. Zusätzlich war der Generalsekretär geprägt durch seine Zeit als Soldat im Zweiten Weltkrieg, weshalb die Vorbehalte gegenüber den Deutschen nicht aus der Luft gegriffen waren.⁶⁰ In einer Niederschrift aus dem März 1967 machte der Parteichef daher deutlich, dass sich nach seiner Auffassung die Politik der Bundesrepublik trotz der neuartigen Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten nicht geändert habe, da die SPD lediglich „Form und Unterstützung“ der Regierung verändere.⁶¹ Die Notstandsgesetze der Großen Koalition zog er als Grund heran, weiterhin einen harten Kurs gegen die Kiesinger-Administration zu fahren. Allerdings wies er auch darauf hin, dass es in der Sozialdemokratie eine Opposition gebe, die sich durchaus für mehr Entspannung und Dialog einsetze. Als Kopf dieser Strömung fungiere seiner

⁵⁹ Vgl. Schattenberg, Susanne: Leonid Breschnew. Staatsmann und Schauspieler im Schatten Stalins. Köln 2017. S. 458f.

⁶⁰ Vgl. Prozumenščikov. 2020. S. 100.

⁶¹ Vgl. 22.-23. Mai 1967: Handschriftliche Notizen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, zu Fragen der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern Osteuropas, der Außenpolitik der BRD und einer Vereinigung Deutschlands. (https://www.kas.de/documents/259803/9423602/1967_05_22_RGANI_F80_op1_d569_S_15-31.pdf/0913ae0f-18e2-fc4a-9de2-3ff0d9e02b86?t=1593177716030) (18.04.2021).

Einschätzung nach Willy Brandt. Allein die Tatsache, dass Breschnew bereits 1967 davon sprach, die Person und das Umfeld Brandts zu bearbeiten und zu stärken, zeugt von einem gewissen Vertrauen, welches er dem SPD-Vorsitzenden entgegenbrachte und das sich spätestens ab 1970 auszahlen sollte. Nicht zuletzt hatten die Kriegserfahrungen ihn ebenfalls zu einem Verfechter der Aussöhnung gemacht, weshalb er sich auch nach Veränderungen in der bundesdeutschen Ostpolitik umsaß. Es ist jedoch festzuhalten, dass Breschnews Positionen bezüglich des Umgangs mit der Bundesrepublik sowie seine Westpolitik vor allem in seiner Findungsphase als Außenpolitiker oftmals relativ vage blieben.⁶²

Doch dieser Umstand sollte sich spätestens nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ ändern und Breschnews Politik deutlich an Kontur gewinnen. Die Invasion nahm allerdings einen langen Vorlauf und deutete sich zumindest noch zu Beginn des Jahres 1968 keineswegs an. Denn als am 5. Januar der unbeliebte und starrsinnige KPČ-Parteichef Antonín Novotný durch den jungen und dynamischen Alexander Dubček ersetzt wurde, traf diese Entscheidung auf große Zustimmung bei Breschnew. Schließlich war es auch der Generalsekretär persönlich, der mit den Worten „Macht mit ihm, was ihr wollt“ indirekt das Ende von Novotný besiegelte.⁶³ In der Folge entwickelten sich vertrauensvolle Beziehungen zwischen dem sowjetischen und dem tschechoslowakischen Parteiführer. Breschnew soll in Dubček sogar seinen persönlichen Schützling gesehen haben. Dies erklärt auch, warum die UdSSR vor allem zu Beginn noch tatenlos zusah, wie die neue KPČ-Führung graduelle Reformen auf den Weg brachte. Doch das Unbehagen in Moskau wurde immer stärker, je weitreichender die Veränderungen in der ČSSR gingen. Auch in den Staaten des Warschauer Vertrags formierte sich Widerstand gegen Dubček, da sie ein Überschwappen der Ideen des „Prager Frühlings“ auf ihre Länder befürchteten. Breschnew setzte sich daraufhin für den Weg der Verständigung ein. Einerseits musste der Generalsekretär die sozialistischen Parteiführer zufriedenstellen, andererseits wollte er seinem Protegé auch nicht vor den Kopf stoßen und vermied es, seine Reformen als eine Konterrevolution zu bezeichnen, sondern warf ihm nur vor, Konterrevolutionäre gewähren zu lassen.⁶⁴

Trotz des zunehmenden Drucks blieb Dubček bei seinem Kurs und ging mit der Einführung der Pressefreiheit sogar noch weiter. Zusätzlich machte sich in Moskau

⁶² Vgl. Prozumenščikov. 2020. S. 101.

⁶³ Vgl. Morozow, Michael: Leonid Breschnew. Stuttgart 1973. S. 238.

⁶⁴ Vgl. Schattenberg. 2017. S. 464f.

die Angst breit, dass die Tschechoslowakei kurz vor einer außenpolitischen Neuausrichtung, weg von der Sowjetunion und hin zur Annäherung an die Bundesrepublik, stünde.⁶⁵ Diese Abkehr von den Beschlüssen der Karlsbader Konferenz hätte zu einer Erosion der östlichen Staatengemeinschaft führen können. Jenes Szenario diente Breschnew als Stein des Anstoßes, sich in einer Politbürositzung vom Mai erstmals kritisch gegenüber dem KPČ-Chef zu äußern: „Wenn man alle Stationen unserer Beziehung seit dem ersten Gespräch mit Genossen Dubček passieren lässt [...], dann entsteht der Eindruck, dass er absichtlich das eine sagt, aber das genaue Gegenteil davon tut, wobei er sich windet und unkonkret spricht“.⁶⁶ Während sich die meisten Mitglieder im Führungsgremium der Partei für eine militärische Intervention aussprachen, setzte Breschnew dennoch weiterhin auf einen Dialog, um den auf Abwegen geratenen ehemaligen Hoffnungsträger noch einzufangen. Allerdings verzichtete er dabei auf den bisherigen, versöhnlichen innerparteilichen Kurs und setzte dagegen auf eine deutlich kühlere und härtere außenpolitische Gangart. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt beim Treffen in Čierna Ende Juli 1968, als die beiden kompletten Politbüros von KPdSU und KPČ in dem slowakischen Grenzort zusammenkamen, um doch noch eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen. Trotz einiger Widerstände gegen eine solche Konferenz wollte der sowjetische Parteichef jegliche Möglichkeiten ausreizen, um einen gewaltsamen Einmarsch in die Tschechoslowakei zu verhindern. Die viertägigen Verhandlungen, die von tiefem Misstrauen geprägt waren, sollten allerdings nur zu einem nichtssagenden Kommuniqué führen.⁶⁷

Der erhoffte Durchbruch blieb also aus. In der Folge beschloss die Führung der KPdSU Mitte August das Unausweichliche, eine großangelegte Invasion der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR. Innerhalb kürzester Zeit hatten die Streitkräfte die wichtigsten infrastrukturellen Knotenpunkte des Landes sowie die zentralen Gebäude von Staat und Partei unter ihre Kontrolle gebracht. Nachdem am 21. August Alexander Dubček und die übrigen Reformer festgenommen worden waren, bedeutete dies das Ende des „Prager Frühlings“. Der Einmarsch in die Tschechoslowakei markierte eine wichtige Zäsur für Breschnews Außenpolitik. Während die militärische Intervention besonders im Westen zu großer Besorgnis und Ungewissheit bezüglich der weiteren Entspannungspolitik führte, behauptete sich

⁶⁵ Vgl. Kramer. 2020. S. 229f.

⁶⁶ Zit. nach: Schattenberg. 2017. S. 466.

⁶⁷ Vgl. Morozow. 1973. S. 240f.

Breschnew unter den Führern des sogenannten Warschauer Pakts als ein ruhiger und umsichtiger Politiker, der in der Lage war, mit minimaler Gewalt den maximalen politischen Druck auf einen Mitgliedsstaat ausüben zu können. Jenes Vabanquespiel, das ihm auch sein Amt hätte kosten können, verschaffte ihm schlussendlich die Autorität, die er brauchte, um die Konsolidierung der Warschauer Vertragsorganisation abzuschließen. Manifestiert wurde jener Machtzuwachs durch die Verkündung der sogenannten Breschnew-Doktrin. Hierbei handelt es sich um eine Erklärung des Parteichefs, die der Sowjetunion das Recht zusprach, jegliche Oppositionsbewegung in den sozialistischen Ländern militärisch niederzuschlagen.

Viel wichtiger für den Generalsekretär war hingegen, dass ihn die westliche Welt erstmals als einen ernstzunehmenden außenpolitischen Akteur und Gegner wahrnahm, da er von nun an aus einer Position der Stärke heraus agieren konnte. In diesem Punkt war er somit seinem Vorgänger Chruschtschow, der lange um Anerkennung buhlen musste, bereits einen Schritt voraus. Dies eröffnete zudem neue Möglichkeiten bezüglich einer Entspannung. Nicht umsonst war Breschnew im Jahr 1973 der Meinung: „Hätte es die Tschechoslowakei nicht gegeben – hätte es weder Brandt in Deutschland noch Nixon in Moskau noch die Entspannung gegeben“.⁶⁸ Denn nachdem die sozialistischen Satellitenstaaten auf Linie gebracht worden waren, befand sich die sowjetische Seite in der Lage, eine Westpolitik zu praktizieren, die nicht mehr auf dem „Deutschen Gespenst des Revanchismus“ beruhte, sondern allein auf der Autorität des Kremls. Breschnews Deutschlandpolitik sollte ab diesem Zeitpunkt immer weniger konfrontativ und stattdessen deutlich kompromissbereiter werden.⁶⁹

Diese Entspannung nach außen wurde für Moskau in Anbetracht der großen anstehenden internationalen Herausforderungen umso wichtiger. Denn nachdem die innenpolitischen Kontrahenten ausgeschaltet worden waren, trat nun China als der große neue außenpolitische Gegner auf den Plan.⁷⁰ Während sich die USA, der andere Gegenspieler im Westen, wenigstens dialogbereit zeigten, war der Gesprächsfaden mit Peking schon lange gerissen. Denn es handelte sich bei dieser Auseinandersetzung weniger um ein Scharmützel des Kalten Kriegs, sondern vielmehr um ein Wiederaufflammen eines jahrhundertlang schwelenden Konflikts

⁶⁸ Vgl. Schattenberg. 2017. S. 478f.

⁶⁹ Vgl. Peckert. 1999. S. 87.

⁷⁰ Vgl. Morozow. 1973. S. 244.

zweier verfeindeter Staaten.⁷¹ Nachdem es bereits zum Ende der 1950er Jahre zu ersten Meinungsverschiedenheiten bezüglich der jeweiligen Umsetzung des Kommunismus gekommen war, häuften sich in der Folgezeit die gewaltsamen Auseinandersetzungen an der gemeinsamen Grenze. China stellte daraufhin in aller Öffentlichkeit die Führungsrolle der UdSSR in der kommunistischen Weltbewegung in Frage und intensivierte seine antisowjetische Propaganda mit dem Beginn der „Kulturrevolution“ 1966 nochmals deutlich, was unter anderem zu mehrfachen Belagerungen der sowjetischen Botschaft in Peking durch die aufgewiegelte Bevölkerung führte. Der Kreml sorgte aufgrund dieser dramatischen Entwicklungen, aber auch wegen seines üblichen Unsicherheitsgefühls was die südöstliche Flanke nach Asien anging, für eine militärische Aufrüstung an der Grenze zu China.⁷² Im März 1969 kam es dann zu der bisher blutigsten Auseinandersetzung der beiden Mächte am Grenzfluss Ussuri. Spätestens jenes Ereignis, aber auch die voranschreitende Annäherung Pekings an Washington ließen bei der sowjetischen Führung sämtliche Alarmglocken schrillen.⁷³ Befeuert wurden die Streitigkeiten zusätzlich durch Breschnews zutiefst rassistische Einstellungen gegenüber den Chinesen, deren „Brutalität, Niedertracht und Heuchelei“ er verachtete.⁷⁴ Diese Einstellung führte dazu, dass sich der Generalsekretär eher der westlichen Welt verbunden fühlte, als dem chinesischen Nachbarn. Das erklärt auch die Stoßrichtung seiner Entspannungspolitik. Angetrieben durch die Furcht vor einer amerikanisch-chinesischen Einkesselung suchte Moskau den entspannungspolitischen Weg nach Europa, um sich eine außenpolitische Entlastung zu verschaffen.

Auch aus wirtschaftlicher Sicht machte dieser Schritt Sinn. Schließlich befand sich die Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in einer beträchtlichen ökonomischen Schieflage. Neben der Misswirtschaft und der Korruption war es vor allem die angespannte Versorgungslage, die den Kreml gehörig unter Druck setzte. Darüber hinaus entschied sich Breschnew gegen die stärker betriebswirtschaftlichen Reformvorschläge von Ministerpräsident Kossygin, die dafür gesorgt hätten, dass der

⁷¹ Vgl. Radchenko, Sergey: Fehlwahrnehmungen in den chinesisch-sowjetischen Krisen 1966 bis 1969. In: Greiner, Bernd; Müller, Christian Th.; Walter, Dierk (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg. Bd. 2. Hamburg 2008. S. 347.

⁷² Vgl. Ebd. S. 367.

⁷³ Vgl. Görtemaker. 1979. S. 48f.

⁷⁴ Vgl. Radchenko. 2020. S. 248f.

Abstand zur westlichen Wirtschaft hätte verringert werden können.⁷⁵ Somit war die UdSSR auf eine externe Unterstützung angewiesen, weshalb sich der Generalsekretär nun zunehmend bemühte, westliche Investitionen und Technologien ins Land zu holen. Als Gegenleistung für das westliche Know-how konnte Moskau mit Erdgas dienen. In diesem Zusammenhang startete der Kreml eine regelrechte Energieoffensive, indem er mehreren europäischen Staaten, darunter auch der Bundesrepublik, große Energielieferungen anbot. Dies führte zu einer Vielzahl von Kompensationsverträgen mit Firmen in ganz Europa und ebenfalls zu ersten bundesdeutsch-sowjetischen Gesprächen bezüglich einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit.⁷⁶ Jener „Wandel durch Handel“ bereitete somit den Nährboden für die anlaufende Entspannung.

Für die einsetzende Phase der Verständigung war es außerdem von Vorteil, dass sich Breschnew in der Art seines außenpolitischen Auftretens nach westlichem Vorbild richtete. Während Chruschtschow es darauf anlegte, das Protokoll zu sabotieren, beschloss der neue Parteichef, sich stets gut zu kleiden, sich adäquat auszudrücken und ein angenehmer Gesprächspartner zu sein, um das Vertrauen der westlichen Seite zu gewinnen und nicht von vornherein als „fremdartig“ oder „aggressiv“ gebrandmarkt zu werden.⁷⁷ Auf diese Weise knüpfte er schließlich auch freundschaftliche Beziehungen mit Charles de Gaulle oder später mit Willy Brandt. Nicht nur sein Erscheinungsbild, auch seine sich verändernde Westpolitik beruhte im Wesentlichen auf seiner Überzeugung, Europa stehe der Sowjetunion näher als jede andere Kultur oder Gesellschaft.⁷⁸

Damit sein Westkurs allerdings in die Tat umgesetzt werden konnte, brauchte der Sowjetführer enge Verbündete. Da sich Außenminister Gromyko jedoch keine Politik aufzwingen ließ und sein Ministerium konsequent von äußerer Beeinflussung abschirmte, musste Breschnew einen Weg finden, das Außenamt und den Ministerpräsidenten Kossygin zu umgehen.⁷⁹ Hierfür sollte KGB-Chef Juri Andropow zu einem wichtigen Mitstreiter werden, weil er ebenfalls erkannte, dass sich die Sowjet-

⁷⁵ Vgl. Karner, Stefan: Die sowjetische Wirtschaft der Chruščev- und Brežnev-Jahre. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 355ff.

⁷⁶ Vgl. Keller, Andrej: Der sowjetisch-bundesdeutsche Energiedialog als Basis der Entspannung. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 421f.

⁷⁷ Vgl. Schattenberg. 2017. S. 456f.

⁷⁸ Vgl. Radchenko. 2020. S. 257.

⁷⁹ Vgl. Schattenberg. 2017. S. 481.

union nur aus ihrer Isolation befreien könne, wenn sie sich für eine Entspannung mit Europa stark mache.⁸⁰ Die beiden bildeten von nun an ein Tandem und scharten einen engen Beraterstab um sich, der neue westpolitische Ansätze entwickelte. Noch entscheidender war jedoch die Einrichtung des „geheimen Kanals“ durch den sowjetischen Geheimdienst. Jener informelle Gesprächskanal zwischen Moskau und den Staaten Westeuropas, allen voran der Bundesrepublik, sollte als vertrauliches Kommunikationsmedium dienen, um sich in entspannungspolitischen Fragen auszutauschen. Diese Art der Geheimdiplomatie zahlte sich spätestens im Jahr 1970 aus, da die Arbeit des Kanals maßgeblich zur Aushandlung des Moskauer Vertrags beitrug.⁸¹ Hierfür war auch der Entschluss Gromykos entscheidend, sich doch dem westpolitischen Kurs der Parteiführung anzuschließen.⁸² Besonders auf sein diplomatisches Geschick hätte die UdSSR in den Jahren 1969 und 1970 nicht verzichten können.

Spätestens ab dem Ende der 1960er Jahre stieg Breschnew dann zu dem dominanten Akteur in der sowjetischen Außenpolitik auf. Durch seinen konsequenten Machtausbau und die Arbeit des „geheimen Kanals“ verfügte er ab diesem Zeitpunkt über die Informationshoheit und war zusammen mit seinen Verbündeten dazu in der Lage, im Jahr 1969 zwei zentrale Entwicklungen für den angestrebten Friedensprozess anzustoßen. Einerseits begannen sie Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über eine Begrenzung der strategischen Rüstung, die sogenannten SALT-Gespräche, andererseits erneuerte die Sowjetunion durch den „Budapester Appell“ ein weiteres Mal die Idee einer europäischen Friedenskonferenz. Doch diesmal unterschieden sich die Beschlüsse deutlich von denen aus Bukarest oder Karlsbad, da die Aufnahme von Verhandlungen nicht mehr an solch harte Vorbedingungen geknüpft wurde.⁸³ So bestand Moskau im Vergleich zu 1966 nicht mehr auf die Auflösung der Bündnissysteme sowie den Abzug der US-amerikanischen Truppen aus Westeuropa. Darüber hinaus sollte Washington in eine mögliche Konferenz nun unbedingt mit einbezogen werden und die Anerkennung der DDR stellte keine

⁸⁰ Vgl. Pfeiler, Wolfgang: Die Deutschlandpolitik Breschnews – Kontinuität und Wandel. In: Meissner, Boris; Eisfeld, Alfred (Hrsg.): 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis. Berlin 1999. S. 79.

⁸¹ Vgl. Petrov, Nikita: Der geheime Kanal des KGB und seine Akteure, 1969-1981. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 278.

⁸² Vgl. Keworkow, Wjatscheslaw: Der geheime Kanal. Moskau, der KGB und die Bonner Ostpolitik. Berlin 1995. S. 81.

⁸³ Vgl. Niedhart, Gottfried: Durch den Eisernen Vorhang. Die Ära Brandt und das Ende des Kalten Kriegs. Darmstadt 2019. S. 67f.

Verhandlungsvoraussetzung mehr dar, sondern einen Verhandlungsgegenstand. Durch diese Wende in der sowjetischen Westpolitik wurde eine weitere wichtige Voraussetzung für die Aushandlung des Moskauer Vertrags geschaffen. Das Interesse Moskaus für einen Ost-West-Dialog ähnelte immerhin sehr stark der Vorstellung Brandts von einem friedlichen Europa und bekräftigte ihn und die Sozialdemokratie, die Gespräche zum Gewaltverzicht wieder aufzunehmen.⁸⁴ Im Gegenzug erkannte auch die Führung der UdSSR, dass speziell die SPD bereit war, ihre Ostpolitik weiter fortzuführen, und zeigte sich deshalb offen für einen Dialog mit den einst verhassten Sozialdemokraten.⁸⁵ Nach der überraschenden Übergabe der ersten Entwürfe für eine Wiederaufnahme der Gewaltverzichtsverhandlungen kam es dann am 22. September 1969 sogar zu ersten Konsultationen, in denen die beiden Außenminister Brandt und Gromyko bereits Dinge vorwegnahmen, die wenig später auch im Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag besprochen werden sollten.⁸⁶ Die Sowjetunion hatte in vielerlei Hinsicht erste entspannungspolitische Voraussetzungen geschaffen. Doch erst durch den Sieg Willy Brandts bei der Bundestagswahl 1969 sollte Bonn in die Lage versetzt werden, angemessen auf diese westpolitischen Angebote zu reagieren.

2.3 Machtwechsel in Bonn

Der Wahlsonntag des 28. Septembers 1969 sollte historisch werden. So markiert dieses Datum nicht nur den Beginn eines sozialdemokratischen Jahrzehnts für die Bundesrepublik, sondern auch eine der wichtigsten Weichenstellungen für die Entspannungspolitik. Allerdings sah es an diesem Abend zunächst gar nicht danach aus, denn die Union fühlte sich mit ihrem Kanzlerkandidaten Kurt Georg Kiesinger aufgrund der ersten Hochrechnungen lange wie der klare Wahlsieger. Dann legten die SPD und ihr Anwärter auf die Kanzlerschaft, Willy Brandt, plötzlich deutlich zu und schafften es mit 42,7 Prozent zwar nicht zur stärksten Fraktion, aber zu einer guten strategischen Ausgangslage. Denn daraufhin bahnte sich an, was sich bereits

⁸⁴ Vgl. Dok. 116. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin. 4. April 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. I. München 2000. S. 449f.

⁸⁵ Vgl. 24. Mai 1969: Bericht des stellv. Vorsitzenden des KGB, N. S. Zacharov, an das ZK der KPdSU zu Ergebnissen und Perspektiven der Ostpolitik. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_05_24_RGANI_F5_op61_d417_S_1-8.pdf/bdc0e75f-891c-dd45-e69c-f09a9e9c2587?t=1593190016122) (20.04.2021).

⁸⁶ Vgl. Dok. 297. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York. 22. September 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1057-1063.

während des Endes der Großen Koalition abgezeichnet hatte – ein gemeinsames Regierungsbündnis aus SPD und FDP. So schlug Brandt den Freien Demokraten noch am gleichen Abend eine gemeinsame Koalition vor. Die FDP hatte sich unter dem Parteivorsitzenden Walter Scheel bereits drei Tage vor der Wahl für eine Kooperation mit den Sozialdemokraten ausgesprochen. Dementsprechend saßen die Spitzen der beiden Parteien nur zwei Tage später zusammen und kamen schnell zu einer Übereinkunft.⁸⁷

Es war vor allem die gemeinsame Linie hinsichtlich der Ostpolitik, die zum Zustandekommen der sozial-liberalen Koalition führte. Anders als noch in der vorherigen Regierung, in der die unterschiedlichen Vorstellungen von Christ- und Sozialdemokraten zur Entspannungspolitik regelmäßig zu Grundsatzdebatten führten, waren sich die neuen Koalitionspartner einig, dass eine Neuorientierung der bundesdeutschen Ostpolitik notwendig war. Auch auf der persönlichen Ebene harmonierte das neue Bündnis deutlich besser als die Vorgängerregierung. Zwischen dem neuen Bundeskanzler Brandt und seinem Außenminister Walter Scheel herrschte keine Konkurrenz, obwohl der Kanzler besonders in der Anfangszeit der Legislaturperiode die Fäden der Außenpolitik selbst in der Hand hielt.⁸⁸ Das Ziel der Neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition bestand darin, einen undogmatischen Wandel in der Ost- und Deutschlandpolitik durchzuführen, indem die Ost-West-Beziehungen entideologisiert und auf pragmatischem Wege verbessert werden sollten.

Diese Programmatik konnte ihre Durchschlagskraft jedoch nur entfalten, weil sie zum Ende der 1960er und zum Anfang der 1970er Jahre auf entscheidende internationale Rahmenveränderungen traf. Nachdem US-Präsident Lyndon B. Johnson aufgrund der massiven innen- und außenpolitischen Schäden, die der Vietnam-Krieg angerichtet hatte, auf eine weitere Kandidatur verzichtete, versprach sein Nachfolger Richard M. Nixon bei Amtsübernahme 1969, den Krieg in Vietnam ehrenvoll beenden und eine „Ära der Verhandlungen“ einleiten zu wollen. Seiner Meinung nach konnte dies jedoch nicht allein über Friedensverhandlungen mit Hanoi, sondern nur im Dialog mit Moskau und Peking realisiert werden. Gemeinsam mit seinem Sicherheitsberater Henry Kissinger wollte er auf diese Weise den Kalten Krieg beenden und gleichzeitig die Vorrangstellung der USA in der Welt ausbauen. Obwohl sich die Sowjetführer sowohl an letzterem, als auch an der Tatsache, dass

⁸⁷ Vgl. Brandt. Berliner Ausgabe. 2005. S. 39f.

⁸⁸ Vgl. Bender. 1996. S. 162f.

die Kriegshandlungen in Indochina vorerst ausgeweitet wurden, störten, ging von der Gesprächsbereitschaft Washingtons eine enorme entspannungspolitische Bedeutung aus.⁸⁹

Auch in Frankreich kam es zu Veränderungen. Im April 1969 trat der langjährige Präsident Charles de Gaulle ab und wurde durch Georges Pompidou ersetzt. Bei diesem handelte es sich zwar ebenfalls um einen Gaullisten, jedoch sorgte er dafür, dass die Spannungen mit den westlichen Verbündeten, die unter seinem Vorgänger entstanden waren, abgebaut werden konnten. Der Machtwechsel in Paris zwang vor allem Breschnew dazu, sich einen neuen Ansprechpartner für seine Entspannungspolitik zu suchen, da er diesen bisher in de Gaulle gefunden hatte.⁹⁰ Seine Wahl fiel konsequenterweise auf Willy Brandt und die sozial-liberale Koalition. Von nun an stellte die Détente nicht mehr ein rein französisch-sowjetisches Projekt dar, sondern bezog sich auf einen globalen Rahmen. Das Handeln der Regierung Brandt war somit sehr stark von den internationalen Tendenzen abhängig. Anders als bisherige Bundesregierungen passte sie sich den Rahmenbedingungen jedoch nicht nur an, sondern war in der Lage, diese auch aktiv zu verändern.⁹¹

Jene Leistung war eng verbunden mit der Person Willy Brandts. Er war wie kein anderer Bundeskanzler zuvor dazu im Stande, die Aussöhnung mit dem Osten voranzutreiben und eine Zeit der Entspannung einzuläuten. Schließlich war er als ein vor der NS-Herrschaft geflohener Sozialist und ehemaliger Bürgermeister West-Berlins, der die Stadt gegen den Kommunismus verteidigte, sowohl für den Osten als auch für den Westen anschlussfähig. Den Neuansatz seiner Politik machte der SPD-Vorsitzende dann in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 deutlich, als er der DDR erstmals mit den Worten „zwei Staaten in Deutschland“, die füreinander nicht Ausland sein könnten, eine gewisse staatliche Existenz zusprach.⁹² Als weiteres Zeichen an den Osten für mehr Entspannung wurden sowohl der Alleinvertretungsanspruch als auch die Hallstein-Doktrin aufgegeben. Beide Prinzipien waren zwei Jahrzehnte lang fester Bestandteil der bundesdeutschen Außenpolitik gewesen, doch nun hatten sie aus Sicht des neuen Regierungsbundnisses aus-

⁸⁹ Vgl. Westad. 2020. S. 445f.

⁹⁰ Vgl. Görtemaker. 1979. S. 62ff.

⁹¹ Vgl. Faulenbach. 2011. S. 83.

⁹² Vgl. Nr. 27. Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, Brandt, vor dem Deutschen Bundestag. 28. Oktober 1969. In: Fischer, Frank (Bearb.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Bd. 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974. Bonn 2005. S. 236-246.

gedient, da sie den friedlichen Dialog behinderten.⁹³ Dieser Schritt bedeutete allerdings auch, auf die übliche Forderung einer Wiedervereinigung zu verzichten, was vor allem von Seiten der Union zu heftiger Kritik führte.⁹⁴ Doch für SPD und FDP wurde die deutsche Frage eher zu einem Langzeitprojekt, welches so lange offen gelassen werden sollte, bis es in einer europäischen Friedenskonferenz aufgegriffen werden konnte. Die Anerkennung des Status quo wurde daher zum zentralen Element der bundesdeutschen Ostpolitik.

Sie geht zurück auf den Wandel des sozialdemokratischen Konzepts von Außenpolitik während der Großen Koalition und stammt maßgeblich, wie auch große Teile der Regierungserklärung, aus der Feder von Egon Bahr.⁹⁵ Brandts enger Vertrauter kreierte schon 1963 in seiner Tutzing-Rede mit dem Prinzip „Wandel durch Annäherung“ eine wichtige Prämisse für eine zukünftige bundesdeutsche Entspannungspolitik. In seiner Funktion als Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt in den Jahren 1966 bis 1969 war er dann in der Lage, auf Basis der eigens praktizierten Außenpolitik jene ost- und deutschlandpolitischen Konzepte zu entwickeln, die nun von der sozial-liberalen Koalition umgesetzt werden konnten. In seiner neuen Rolle als Staatssekretär im Bundeskanzleramt trug Bahr entscheidend zur Realisierung seiner Überlegungen bei. Eine wichtige Voraussetzung hierfür bildete die Erkenntnis, dass jegliche Problemfelder, sei es die angestrebte Aussöhnung mit Polen, die Annäherung an die DDR oder das Einberufen einer Friedenskonferenz, zusammenhingen und sich gegenseitig beeinflussten. Dementsprechend mussten diese Dinge im Verbund geklärt werden. Der einzige Ansprechpartner, der hierfür in Frage kam, war die Sowjetunion, weshalb ein Vertrag mit Moskau zum Dreh- und Angelpunkt der Neuen Ostpolitik wurde.⁹⁶ In diesem Zusammenhang versicherte auch Walter Scheel dem sowjetischen Botschafter Zarpakin, dass die Bundesregierung ihre Politik nur in Übereinstimmung mit der UdSSR praktizieren möchte und keinen „Keil zwischen den sozialistischen Ländern“ schaffen wolle.⁹⁷ Die selektive Ostpolitik der Großen Koalition hatte somit ihr Ende gefunden.

⁹³ Vgl. Faulenbach. 2011. S. 85.

⁹⁴ Vgl. Schirmer, André: Die Deutschlandpolitik der SPD in der Übergangsphase vom Kalten Krieg zur Entspannungspolitik 1955-1970. Münster 1988. S. 182.

⁹⁵ Vgl. Fuchs, Stephan: „Dreiecksverhältnisse sind immer kompliziert“. Kissinger Bahr und die Ostpolitik. Hamburg 1999. S. 31f.

⁹⁶ Vgl. Link. 2001. S. 295.

⁹⁷ Vgl. Dok. 368. Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem sowjetischen Botschafter Zarpakin. 17. November 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1309.

Besonders in Washington wurden diese Entwicklungen jedoch mit Argwohn beobachtet. Zwar war der Großteil der politischen Führung durchaus überzeugt von der bundesdeutschen Bündnistreue, doch vor allem Henry Kissinger trieb die Sorge um, die Bundesrepublik würde wie einst zwischen Ost und West manövrieren wollen, und beschwor deshalb erneut den „Rapallo-Komplex“ herauf.⁹⁸ Zudem befürchtete das Oval Office eine zunehmend unabhängigere Politik der Bundesregierung, die zur Schwächung des US-amerikanischen Einflusses auf die NATO führen könnte.⁹⁹ Die sozial-liberale Koalition erkannte jene Probleme und war auch wegen ihrer hochgesteckten ostpolitischen Vorhaben auf eine westliche Rückendeckung angewiesen. Daher flog Egon Bahr noch vor der Wahl Brandts zum Kanzler in die US-amerikanische Hauptstadt, um den Sicherheitsberater des Präsidenten von den Plänen der Neuen Ostpolitik zu unterrichten und jegliche Missverständnisse auszuräumen sowie Vertrauen aufzubauen.¹⁰⁰ Zudem richteten die beiden Diplomaten einen geheimen „back channel“ ein, eine direkte Kommunikationsleitung zwischen Bonn und Washington, um sich in außenpolitischen Fragen eng abzustimmen.¹⁰¹ Für Bahr persönlich markierte die Etablierung eines solchen Drahts zu diesem frühen Zeitpunkt bereits einen außerordentlichen Erfolg.¹⁰² Bei der US-amerikanischen Administration hingegen blieben die leichten Bedenken bezüglich des sozial-liberalen Kurswechsels. Jene Befürchtungen sollten sich im Laufe der Zeit allerdings als unbegründet herausstellen, denn die Westbindung erwies sich weiterhin als ein zentrales außenpolitisches Prinzip der Bundesrepublik und die Neue Ostpolitik ersetzte dieses nicht, sondern ergänzte jenes Konzept vielmehr.

Im Vergleich zum Weißen Haus war der Kreml deutlich hoffnungsvoller, was den Regierungswechsel in Bonn betraf. Doch obwohl das Wahlergebnis die sowjetischen Prognosen bestätigte, traf der Sieg Brandts die politische Führung der UdSSR in vielerlei Hinsicht unerwartet.¹⁰³ Denn anders als prognostiziert kam es nicht zu einer Fortsetzung der Großen Koalition, sondern zur Bildung eines kleinen Regierungsbündnisses aus den Parteien, die bereits in den Jahren zuvor Dialogbereitschaft mit

⁹⁸ Vgl. Kissinger, Henry A.: Memoiren 1968-1973. München 1979. S. 441.

⁹⁹ Vgl. 26. Dezember 1969: Information des stellv. Vorsitzenden des KGB, N. S. Zacharov, an das ZK der KPdSU über die Sicht der Regierungskreise der USA auf den Wahlsieg der SPD und die Bildung einer neuen Regierung in der BRD. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_26_RGANI_F5_op61_d572_S_298-300.pdf/bb25d949-6e4b-0cdf-6d22-3fa9e57969af?t=1592333543600) (23.04.2021).

¹⁰⁰ Vgl. Fuchs. 1999. S. 32.

¹⁰¹ Vgl. Ebd. S. 216f.

¹⁰² Vgl. Bahr, Egon: Zu meiner Zeit. München 1998. S. 271.

¹⁰³ Vgl. Falin, Valentin: Politische Erinnerungen. München 1993. S. 58.

der Sowjetunion signalisierten. Mit der SPD führte nun jener potentielle Ansprechpartner die bundesdeutsche Regierung an, auf welchen Moskau spätestens seit 1969 setzte, um die eigenen entspannungspolitischen Vorhaben zu verwirklichen. Die Ausgangslage für die Neue Westpolitik hatte sich somit deutlich verändert.¹⁰⁴ Die Kanzlerschaft Brandts stellte für die Sowjetunion eine einmalige Gelegenheit dar, ihre Beziehungen nach Europa dauerhaft zu verbessern, um sich aus der ökonomischen Schiefelage und der außenpolitischen Einkesselung durch China zu befreien. Allerdings spielte auch der Zeitfaktor eine Rolle, denn niemand wusste, wie lange sich die neue Koalition im Amt halten würde. Daher ergriff das Politbüro die Initiative und ließ dem Kanzler das sowjetische Interesse zu vertraulichen Kontakten zwischen Bonn und Moskau ausrichten. Dieser Verständigungswille ging einher mit der Überzeugung, dass die eigene Westpolitik maßgeblich zum Wahlerfolg der Sozialdemokraten beigetragen hätte.¹⁰⁵ Andererseits gab Breschnew später auch offen zu: „Wir hätten uns vor der Zeit von Kanzler Brandt nicht so verhalten können, wie wir das ihm gegenüber getan haben“, weil die bundesdeutsche Regierung durch die SPD „realistischer“ geworden war.¹⁰⁶

Diese Einsicht gewann die sowjetische Führung vor allem deshalb, weil die sozialliberale Koalition bereits kurz nach der Amtsübernahme wichtige Grundpfeiler für die späteren Verhandlungen zwischen Kreml und Bundeskanzleramt setzte. Allen voran ist hier die Unterzeichnung des Nicht-Verbreitungsvertrages am 28. November 1969 zu nennen. Nachdem sich die Große Koalition, auch wegen des Zögerns von Bundeskanzler Kiesinger, nie dazu durchringen konnte, das Vertragswerk zu bestätigen, brauchte die neue Regierungskoalition gerade einmal vier Wochen, um jenen wichtigen Schritt zu unternehmen, womit sie ihren Willen zur Entspannung unterstrich.¹⁰⁷ Während die Union der Meinung war, durch die vorzeitige Unterzeichnung ein wichtiges „Ass im Ärmel“ für spätere Verhandlungen zum Gewaltverzicht verloren zu haben, verstanden Brandt und Scheel diese Maßnahme hingegen als unausweichliche Voraussetzung für solche Gespräche. Mit dieser Annahme sollten sie auch Recht behalten, da die UdSSR den bundesdeutschen Beitritt

¹⁰⁴ Vgl. Prozumensčikov. 2020. S. 107.

¹⁰⁵ Vgl. 14. Oktober 1969: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU Über die Unterredung des sowjetischen Botschafters in Bonn, S. K. Carapkin, mit dem Außenminister der BRD, W. Brandt. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_10_14_RGANI_F3_op72_d293_S_9-10.pdf/0bc60b77-845c-7c16-5f2f-5929e32ba093?t=1602165905893) (22.04.2021).

¹⁰⁶ Zit. nach: Radchenko. 2020 S. 253.

¹⁰⁷ Vgl. Faulenbach. S. 92.

zum NV-Vertrag sehr begrüßte.¹⁰⁸ Darüber hinaus wurde die wirtschaftliche Kooperation der beiden Staaten, die sich während der Großen Koalition bereits angebahnt hatte, noch weiter ausgebaut. Nach einem intensiven Verhandlungsmarathon kam es Anfang Dezember zu der Verabschiedung zweier großer Kompensationsverträge von immenser wirtschaftspolitischer Tragweite. Diese Kontrakte sahen ein Tauschgeschäft von drei Milliarden Kubikmeter sowjetischem Erdgas gegen 1,2 Millionen Tonnen deutscher Großröhren vor. Am 1. Februar 1970 wurde jenes Geschäft noch erweitert, indem bundesdeutsche Geldinstitute mit der sowjetischen Außenhandelsbank einen Kredit von 1,2 Milliarden DM abschlossen. Diese verstärkte ökonomische Zusammenarbeit markierte einen entscheidenden Schritt für die Aushandlung des Moskauer Vertrags, da sich die beiden Staaten ungeachtet von ideologischen Differenzen oder militärischen Bündnissen zu langfristiger Kooperation verständigten.¹⁰⁹

Nachdem die Zeichen der Zeit somit auf Dialog standen, lag der Wiederaufnahme der Gewaltverzichtsgespräche nichts mehr im Weg. Bereits am 12. September 1969 hatte der Kreml Willy Brandt, damals noch Bundesaußenminister, in diesem Zusammenhang ein Angebot unterbreitet, in naher Zukunft praktische Fragen zu erörtern. Auf jene Offerte bezog sich der neue Chef des Auswärtigen Amts, Walter Scheel, explizit, als er am 30. Oktober desselben Jahres bei Botschafter Semjon Zarapkin vorstellig wurde.¹¹⁰

Nur zwei Wochen später, am 14. November, beauftragte der Bundesaußenminister den deutschen Botschafter in Moskau, Helmuth Allardt, der sowjetischen Seite den 8. Dezember 1969 als Verhandlungsbeginn vorzuschlagen.¹¹¹ Das Politbüro fasste daraufhin am 1. Dezember noch einen Beschluss zur weiteren Linie im Umgang mit der Bundesregierung. Darin wurde abermals der Wille der sozial-liberalen Koalition lobend hervorgehoben, Veränderungen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen erreichen zu wollen. Die oberste Führung der KPdSU mahnte allerdings auch die vielen „verwässerten“ Formulierungen des Bonner Regierungsprogramms an und wog sich deshalb weiterhin in Vorsicht, was eine radikale Veränderung der bundes-

¹⁰⁸ Vgl. Link. 2001. S. 302.

¹⁰⁹ Vgl. Keller. 2020. S. 424f.

¹¹⁰ Vgl. Dok. 336. Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin. 30. Oktober 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1191.

¹¹¹ Vgl. Dok. 363. Bundesminister Scheel an Botschafter Allardt, Moskau. 14. November 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1290.

deutschen Politik anging. Aus dieser Ausgangslage heraus ergaben sich für das Gremium folgende Problemstellungen, die es mit der Bundesrepublik in Zukunft zu diskutieren galt: die Ratifizierung des Nichtverbreitungsvertrages, die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, der Abbau der Spannungen in und um West-Berlin sowie die bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen. Darüber hinaus entschied sich das Politbüro dazu, die bilateralen Verhandlungen mit Bonn über den Gewaltverzicht wieder aufzunehmen. Zum zentralen Element in diesen Verhandlungen sollte dann unbedingt die Frage nach der Anerkennung der damaligen europäischen Grenzen gemacht werden.¹¹² Doch auch die übrigen Konfliktfelder sollten bei den sich anbahnenden Gesprächen auf die Tagesordnung kommen. Daher handelte es sich bei dem Moskauer Vertrag auch nicht nur um ein bloßes Abkommen über den Gewaltverzicht, sondern um den Dreh- und Angelpunkt der europäischen Entspannungspolitik. Die Zeit war demnach reif, die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik mit der Neuen Westpolitik der UdSSR zu synchronisieren.¹¹³

3. Verhandlungen: Vom Gewaltverzicht zum Moskauer Vertrag 1969-1970

3.1 „Vorläufiger Meinungs-austausch“

Wie durch den Notenwechsel vom 14. November 1969 vereinbart, nahmen die Bundesrepublik und die Sowjetunion bereits Anfang Dezember desselben Jahres die Gespräche über den Gewaltverzicht wieder auf. Dies markierte den Beginn eines langen und zähen Verhandlungsmarathons, der schließlich zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrags führen sollte. In einer ersten Phase dieses Dialoges ging es allerdings vor allem um ein erstes Abklopfen der gegenseitigen Positionen, weshalb besonders der Kreml darauf bestand, erst einmal von einem „vorläufigen Meinungs-austausch“ zu sprechen.¹¹⁴ Die bundesdeutsche Seite wurde bei den Unterredungen in Moskau von Botschafter Helmuth Allardt vertreten. Der aus

¹¹² Vgl. 1. Dezember 1969: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU über die politische Linie und einige praktische Schritte der UdSSR in Bezug auf die Bildung der Regierung Brandt. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_01_RGANI_F3_op72_d304_S_3-4_7-41.pdf/986fb28c-ad20-a388-b979-29a1cc4b0df0?t=1602165906279) (27.04.2021).

¹¹³ Vgl. Pavlov, Nikolaj: „Neue Ostpolitik“ der BRD oder „Neue Westpolitik“ der UdSSR? In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 127.

¹¹⁴ Vgl. Ebd. S. 127.

Königsberg stammende Diplomat arbeitete seit 1968 in der sowjetischen Hauptstadt, nachdem er aus Madrid dorthin versetzt wurde – eine Entscheidung, die auch bei ihm zu großer Verwunderung führte, schließlich sprach er weder Russisch, noch galt er als ein Fachmann für Osteuropa.¹¹⁵ Obwohl es sich bei ihm um einen erfahrenen und präzise agierenden Strategen handelte, war es dennoch kurios, dass die Bundesregierung ausgerechnet beim Auftakt der Gewaltverzichtsverhandlungen auf eine Personalie zurückgriff, von der nicht einmal bekannt war, welche ostpolitischen Ansichten er vertrat. Diese Entscheidung wirkt umso fragwürdiger, da mit Außenminister Andreij Gromyko auf der anderen Seite des Verhandlungstisches ein diplomatisches Schwergewicht saß, das auf jahrzehntelange Erfahrung zurückblicken konnte. Nicht von ungefähr trug er aufgrund seiner harten Verhandlungsführung den Spitznamen „Mr. Njet“. Dieser krasse Gegensatz an Autorität und Befugnissen zwischen den Gesprächspartnern sollte den Ausgang der ersten Sondierungen maßgeblich beeinflussen.

Doch mit welchen Standpunkten argumentierten die beiden Unterhändler in dieser ersten Phase der Unterredung? Die sowjetische Seite hielt sich an die Direktiven, die ihr am 6. Dezember durch das Zentralkomitee vorgeschrieben worden waren. Im Allgemeinen galt es, an die Beschlüsse der Bukarester und Budapester Deklaration anzuschließen, um zum Ausdruck zu bringen, dass die sozialistischen Staaten in Bezug auf die Westpolitik eine gemeinsame Linie fahren würden. Besonderes Augenmerk setzte die sowjetische Delegation auf die Verbindung zwischen der Frage des Gewaltverzichts und der europäischen Sicherheit. Hierbei sollte herausgestellt werden, dass der Schlüssel für das Erzielen eines Abkommens zum Gewaltverzicht in der Anerkennung der bestehenden europäischen Grenzen, allen voran der Oder-Neiße-Linie sowie der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR, liege. Darüber hinaus wurde Gromyko dazu beauftragt, auszuloten, inwieweit Bonn neben den Verhandlungen mit der UdSSR zusätzlich bereit zu einem Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit Ost-Berlin war. Jedwede bundesdeutsche Äußerung, die den völkerrechtlichen Status der DDR in Frage stellte oder eine mögliche Wiedervereinigung ins Spiel brachte, galt es hingegen entschieden zurückzuweisen. Auch in weiteren Problemfeldern griff die sowjetische Seite auf die gängigen Forderungen zurück. Folglich sollte sich die Bundesregierung aus den

¹¹⁵ Vgl. Allardt, Helmut: Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erinnerungen. Düsseldorf 1973. S. 20.

inneren Angelegenheiten West-Berlins heraushalten, den Nichtverbreitungsvertrag so schnell wie möglich ratifizieren und die Erklärung zur Ungültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 nicht weiter hinauszögern. Die Sowjetunion wollte in den Sondierungen stets die Initiative in der Hand halten und machte Bonn daher klar, dass es ohne eine Übereinkunft mit Moskau zu keinen Vereinbarungen mit den anderen sozialistischen Staaten kommen würde.¹¹⁶

Ähnlich wie die UdSSR knüpfte auch die Bundesrepublik in vielen Kernfragen an bereits geäußerte Maximalforderungen an. Diesbezüglich erhielt Botschafter Allardt seine Instruktionen aus einem Schreiben von Bundesaußenminister Walter Scheel vom 6. Dezember 1969, aus dem hervor geht, dass sich der deutsche Gesandte bei seiner Verhandlungsführung inhaltlich auf die Entwürfe vom 3. Juli 1969 beziehen sollte, indem er diese zur Grundlage der Gespräche mache.¹¹⁷ Diese Erklärung, die noch von der Großen Koalition erarbeitet worden war, verzichtete jedoch auf eine explizite Nennung der Oder-Neiße-Linie oder der innerdeutschen Grenze. Außerdem wurde Moskau dazu aufgerufen, durch ein mögliches Abkommen die Einheit Deutschlands zu fördern.¹¹⁸ Da die beiden Seiten mit so unterschiedlichen Positionen in die Gespräche gingen, waren Komplikationen vorprogrammiert. Gleichzeitig wird durch die vielschichtigen Forderungen deutlich, dass der Gewaltverzicht zwar im Mittelpunkt der Verhandlungen stand, dieser jedoch von vielen weiteren elementaren Fragen der europäischen Sicherheit flankiert wurde. Diese Akzentverschiebung sollte mit fortschreitender Dauer der Beratungen zunehmen.

Das erste von insgesamt drei Aufeinandertreffen der beiden Vertretungen fand am 8. Dezember 1969 statt. Nachdem zuallererst die Verfahrensweise besprochen wurde, wendete sich Gromyko drei zentralen Bereichen zu.¹¹⁹ Er lehnte es erstens ab, dass der deutsche Botschafter einen Zusammenhang zwischen dem Erfolg der beginnenden bilateralen Gespräche und einer multilateralen Friedenskonferenz herstellte, da diese Felder „säuberlich voneinander getrennt“ werden müssten. Zweitens forderte der sowjetische Außenminister die bundesdeutsche Seite dazu auf, auch mit

¹¹⁶ Vgl. 6. Dezember 1969: Beschluss des ZK der KPdSU Zu den Verhandlungen mit der BRD über den Gewaltverzicht. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_06_RGANI_F3_op72_d308_S_27-31.pdf/91c2cace-dac9-8711-991b-18383aba1f2a?t=1602165906527) (28.04.2021).

¹¹⁷ Vgl. Dok. 390. Bundesminister Scheel an Botschafter Allardt, Moskau, 6. Dezember 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1380.

¹¹⁸ Vgl. Dok. 219. Erklärungen der Bundesrepublik und der UdSSR über einen Gewaltverzicht (Entwurf). 3. Juli 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 771f.

¹¹⁹ Vgl. Mitkowska-Kaiser. 1989. S. 351.

der DDR ein Gewaltverzichtsabkommen abzuschließen, was mit einer völkerrechtlichen Anerkennung des ostdeutschen Staates einhergegangen wäre. Allardt konnte diesen Umstand gemäß der Bonner Haltung zur Regierung in Ost-Berlin jedoch nicht akzeptieren und erwiderte daraufhin, dass jene Frage von Kontakten zu Drittstaaten nicht zum Gegenstand dieser bilateralen Gespräche gemacht werden sollte. Schlussendlich sprach sich der Chefdiplomat des Kremls auch dagegen aus, die bundesdeutschen Entwürfe vom 3. Juli 1969 als Verhandlungsgrundlage zu nutzen, da ihm die Formulierungen als wenig „realistisch“ erschienen. Anschließend verwies er darauf, jene Frage im nächsten Treffen zu diskutieren.¹²⁰ Da es den beiden Seiten zu diesem Zeitpunkt noch deutlich an Kompromissbereitschaft fehlte, erlebte der Meinungsaustausch folglich einen sehr holprigen Start.

In der zweiten Sitzung vom 11. Dezember 1969 sollte sich der Grundtenor der Sondierungen nicht entscheidend verändern. Nach einer Wiederholung der jeweiligen Standpunkte fasste Gromyko einige Aspekte zusammen, die in einem möglichen Abkommen geregelt sein müssten, wenn dieses erfolgreich zur Sicherheit in Europa beitragen sollte. Darunter fielen das Problem der Anerkennung der europäischen Grenzen, die bundesdeutschen Beziehungen zur DDR, der Status West-Berlins, der Alleinvertretungsanspruch Bonns, die Frage der Atomwaffen und das Münchener Abkommen von 1938. Daraufhin brachte Allardt nochmals die Konzepte vom 3. Juli ins Spiel, da diese seiner Meinung nach bereits mögliche Lösungen für die vorliegenden Konfliktfelder aufzeigten. Beim sowjetischen Abgesandten stießen diese Äußerungen jedoch erneut auf wenig Begeisterung. Er störte sich massiv daran, dass aus den Entwürfen keinerlei Absicht der Bundesregierung deutlich wurde, die Nachkriegsgrenzen anzuerkennen.¹²¹ Aufgrund dieses vehementen Widerstands war der Versuch des deutschen Botschafters, die Konstruktion vom 3. Juli zum Verhandlungsgegenstand zu machen, ab diesem Moment gescheitert. Jene diplomatische Niederlage beraubte ihm nicht nur seiner Glaubwürdigkeit, sondern auch seiner Gesprächsbasis. Denn aufgrund seines Mandates musste er sich stets an die Instruktionen des Bundesaußenministers

¹²⁰ Vgl. Dok. 392. Botschafter Allardt, Moskau, an Bundesminister Scheel. 8. Dezember 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1386-1388.

¹²¹ Vgl. 11. Dezember 1969: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Botschafter der BRD in der UdSSR, H. Allardt. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_11_RGANI_F5_op61_d572_S_269-274.pdf/dfa45d2f-b9db-fb76-f235-6db513ffb74f?t=1593190016946) (02.05.2021).

halten und war daher nicht dazu ermächtigt, eigene Positionen zu formulieren, sondern lediglich die Forderungen Gromykos abzulehnen.¹²² Folglich argumentierte der Vertreter des Auswärtigen Amtes weiterhin lediglich auf der Linie, die noch von der Großen Koalition entwickelt worden war.¹²³ Doch die Regierung Brandt war in vielen Bereichen schon deutlich weiter, was zu einem argumentativen Widerspruch führte, der besonders bei der sowjetischen Seite Misstrauen säte. Dies wird in einer Rede Breschnews vor dem Zentralkomitee der KPdSU deutlich, in welcher er der Bundesregierung auf Basis der bisherigen Sondierungen in Moskau attestierte, dass sie die einstigen, unrealistischen Positionen beibehielte und noch „keine konstruktiven Änderungen in der Bonner Politik“ erkennbar wären.¹²⁴ Doch auch die bundesdeutsche Seite zog eine negative Bilanz aus den Gesprächen. Allardt schätzte seinen Sondierungspartner als „in der Form höflich, in der Sache“ jedoch hart ein, da Gromyko durch seine entschiedene Forderung nach der allgemeinen Anerkennung jeglicher Grenzregelungen durch Bonn die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten bewusst verhindern wolle.¹²⁵

Diese gegenseitige Skepsis bestätigte sich abermals im dritten und letzten Sondierungstreffen vom 23. Dezember 1969. Erneut zeigten sich beide Delegationen unnachgiebig und lauschten ausschließlich den Standpunkten der jeweils anderen Seite, ohne dabei in einen wirklichen Dialog zu treten. Somit geriet der Meinungsaustausch schon früh in eine Sackgasse, da kein Akteur bereit war, zurückzustecken. Nur in einer Sache waren sich die beiden Abordnungen einig. Für eine Normalisierung der Beziehungen beider Staaten reichte die Verabschiedung eines bloßen Gewaltverzichts nicht aus, es bedürfte vielmehr einer Übereinkunft in den aufgezeigten Fragen der europäischen Sicherheit.¹²⁶ Doch hierzu waren die Gesprächspartner zu jenem Zeitpunkt noch nicht in der Lage, da sie typisch für erste Verhandlungen noch auf ihren Maximalforderungen beharrten. Für Helmut Allardt stand die Überlegung eines möglichen deutsch-sowjetischen Abkommens zu jenem

¹²² Vgl. Dannenberg. 2008. S. 49.

¹²³ Vgl. Link. 2001. S. 304.

¹²⁴ Vgl. 15. Dezember 1969: Auszug aus der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, auf dem Plenum des ZK der KPdSU. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_15_RGANI_F2_op3_d168_S_65-72.pdf/4c2823be-68bb-d075-a2f8-9f292dd17a49?t=1593423104550) (02.05.2021).

¹²⁵ Vgl. Dok. 398. Botschafter Allardt, Moskau, an Bundesminister Scheel. 11. Dezember 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1409f.

¹²⁶ Vgl. 23. Dezember 1969: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Botschafter der BRD in der UdSSR, H. Allardt. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_23_RGANI_F5_op61_d572_S_278-286.pdf/cf89be70-a5e1-5693-def7-261053374a70?t=1593173786821) (04.05.2021).

Moment zudem noch gar nicht zur Diskussion.¹²⁷ Ihm kam es vor allem darauf an, auszuloten, inwieweit die Zeit für einen solchen Vertrag überhaupt reif war. Daher ging er auch so unnachgiebig in die Gespräche, was nicht nur im Kreml für Verwunderung sorgte, sondern auch zunehmend im Bundeskanzleramt. Er war schlicht nicht mit den Konzepten der Neuen Ostpolitik vertraut und bremste daher den Dialog aus, indem er auf Zeit spielte.

Angetrieben durch die Angst, der zaghafte Gesprächsfaden könnte aufgrund der stockenden Verhandlungen schon wieder reißen, nahmen Breschnew und Andropow die Dinge nun selbst in die Hand, indem der KGB-Chef den als Journalist getarnten Waleri Lednew am sowjetischen Außenministerium vorbei nach Bonn entsandte, um mit Egon Bahr Kontakt aufzunehmen.¹²⁸ Der Agent des Kremls unterrichtete den Staatssekretär des Bundeskanzleramts über die Unzufriedenheit der sowjetischen Führung in Bezug auf den bisher wenig produktiven Verlauf des Dialogs. Verantwortlich dafür machte er die Verhandlungsführung der bundesdeutschen Delegation um Helmut Allardt und votierte indirekt für eine Ablösung des Botschafters, wenn man den Erfolg der Sondierungen nicht gefährden wolle. Darüber hinaus hielt der Staatssekretär in einem Vermerk über das Gespräch fest: „Die sowjetische Seite sei bereit zu einem vertraulichen Meinungs austausch, von dem man verbindlich zusagen könne, dass weder seine Tatsache noch sein Inhalt jemals, gleich unter welchen Umständen, veröffentlicht würde.“¹²⁹ Der „geheime Kanal“ zwischen Bonn und Moskau war somit geboren und er half dabei, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne bürokratischen Aufwand zu einem konstruktiven Austausch der beiden Regierungen beizutragen.

Auch die bundesdeutsche Führung kam zunehmend zu dem Entschluss, dass Helmut Allardt nicht mehr der richtige Mann für die weiteren Verhandlungen war. Die begrenzten Befugnisse des Botschafters im Vergleich zu seinem Gegenüber Gromyko beraubten ihm jeglicher Legitimation und Autorität. Allein die Tatsache, dass die UdSSR in den ersten Gesprächen durch ihren Außenminister vertreten wurde, zeigte, welche Bedeutung Moskau diesem Thema beimaß. In dieser Hinsicht

¹²⁷ Vgl. Allardt. 1973. S. 262.

¹²⁸ Vgl. Schattenberg. 2017. S. 487.

¹²⁹ Nr. 48. Vermerk des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt Bahr über das Gespräch mit dem Kontaktmann der sowjetischen Regierung Lednew. Bonn, 24. Dezember 1969. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe. (21. Oktober 1969 bis 30. September 1970). Bd. 1. 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970: Hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Wissenschaftliche Leitung: Klaus Hildebrand und Hans-Peter Schwarz. München 2002. S. 167f.

musste die Bundesrepublik nicht nur symbolisch, sondern auch inhaltlich nachlegen. Denn nachdem sich Allardt Anfang Januar 1970 im Diskurs mit der Bundesregierung dafür einsetzte, die Forderungen der Sowjetunion konsequent zu verneinen, was wohl zu einem jähen Ende des Dialogs geführt hätte, informierte ihn Walter Scheel, dass er von nun an nicht mehr die Verhandlungen führen werde.¹³⁰ Als sein Nachfolger konnte eigentlich nur eine Person in Frage kommen – Egon Bahr. Niemand anderes hatte sich in den letzten knapp 20 Jahren so intensiv und leidenschaftlich mit den Fragen der Ostpolitik beschäftigt wie der Wahlberliner. Im Gegensatz zu Außenminister Scheel, der auch als möglicher bundesdeutscher Gesprächsführer in Moskau gehandelt wurde, war der Staatssekretär ein Mann der Details und konnte obendrein den geheimen Charakter der Unterredungen wahren, da er nicht solch eine exponierte Stellung wie der FDP-Vorsitzende innehatte.¹³¹ Moskau nahm diese Entscheidung mit Wohlwollen auf, denn sie erhöhte prompt den Status der Verhandlungen, da der Intimus Brandts höchstpersönlich die Gesprächsleitung übernahm. Von nun an konnten die aufgezeigten Konfliktpunkte konstruktiv miteinander besprochen werden, da die bundesdeutsche Seite nicht mehr auf Instruktionen aus Bonn angewiesen war, sondern der Architekt der Neuen Ostpolitik ab jetzt selbst vor Ort weilte.

3.2 Durchbruch: Das „Bahr-Gromyko-Papier“

„Wenn ich den Schlüssel in die Hand bekommen sollte, dann werde ich ihn nutzen.“¹³² Mit jenen Worten beschrieb Egon Bahr seine Gefühlslage, als ihm auf dem Flug nach Moskau klar wurde, welche entspannungspolitische Bedeutung und einmalige Chance auf Versöhnung von seinem Auftrag ausgingen. Er vertrat die feste Überzeugung, dass die Sowjetunion durch ihre Neue Westpolitik bereits wichtige Schritte für eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen unternommen hatte und die bundesdeutsche Seite nun dazu aufgerufen war, diese konstruktiv zu erwidern. Im Unterschied zu seinem Vorgänger Allardt wusste Bahr, dass der Faktor Zeit für den Erfolg der Verhandlungen immanent war.¹³³ Daher appellierte der neue Chefunterhändler, auf jegliche weitere Verzögerung des Dialogs zu verzichten, um spätestens im Frühsommer einen bilateralen Gewaltverzicht ver-

¹³⁰ Vgl. Dannenberg. 2008. S. 50.

¹³¹ Vgl. Baring. 1998. S. 316.

¹³² Bahr. 1996. S. 284.

¹³³ Vgl. Vogtmeier, Andreas: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung. Bonn 1996. S. 124.

einbart zu haben bzw. greifbare Erfolge vorweisen zu können. Dieses ambitionierte Vorhaben wollte er erreichen, indem er den „Hebel“ bei der Einberufung einer multinationalen Konferenz anlegte. An jenem Anliegen des Kremls würde sich die Bundesregierung nur dann beteiligen, wenn es auch zu einer Übereinkunft bezüglich des Gewaltverzichts kommen würde.¹³⁴ Doch wie dick das Brett war, das es zu bohren galt, wurde bereits in der ersten Unterredung vom 30. Januar 1970 deutlich. Denn in der gewohnt kühlen und distanzierten Art trug Gromyko erneut jene Maximalforderungen vor, die sich bereits Botschafter Allardt in den drei Treffen zuvor mehrfach anhören musste. Trotz lobender Worte für die Bundesregierung aufgrund der Ernsthaftigkeit, mit der sie in die Verhandlungen ging, kritisierte er jedoch vor allem ihre mangelnde Bereitschaft, die Realitäten zu akzeptieren. Der Kern seiner Ausführungen beruhte auf dem unmissverständlichen Appell, dass ein Abkommen zum Gewaltverzicht nur zu Stande kommen könne, wenn die Bundesrepublik jegliche Grenzen in Europa anerkennen würde.¹³⁵

Nachdem der sowjetische Außenminister fast eine halbe Stunde lang über seinen achtzehn Punkte umfassenden Forderungskatalog gesprochen hatte, war er sehr erstaunt, als sein Gegenüber nicht wie gewohnt erst einmal neue Anweisungen aus Bonn ersuchte, sondern sofort detailliert auf die gestellten Fragen einging.¹³⁶ Bahr stellte klar, dass die Bundesrepublik sich in den Grenzen von 1970 verstand und aufgrund der Einbettung in die NATO auch keine gewaltsame Veränderung des Status quo anstrebte. Somit erweiterte er die bisherige Verhandlungsgrundlage deutlich, da er erstmals eine de-facto-Anerkennung der Nachkriegsgrenzen offerierte. Die einzige Ausnahme hierbei bildete die innerdeutsche Grenze, weil sie seiner Meinung nach eines Tages verändert werden müsse, wenn es zu einer Wiedervereinigung, die schließlich in den Verfassungen beider deutscher Staaten als Ziel verankert war, kommen sollte. Eine allgemeine Absage der Bundesregierung an zukünftige Grenzveränderungen im Rahmen eines möglichen Gewaltverzichtsvertrages würde mit dem endgültigen Verzicht auf die deutsche Einheit einhergehen. Gromyko weigerte sich gemäß der Direktive des Politbüros vom 3. Dezember 1969 strikt, das aufgeworfene Argument der Deutschen Frage in die Debatte zu inte-

¹³⁴ Vgl. Dok. 8. Aufzeichnung des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt. 14. Januar 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. I. München 2001. S. 21f.

¹³⁵ Vgl. Dok. 28. Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. 30. Januar 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. I. München 2001. S. 108f.

¹³⁶ Vgl. Bahr. 1996. S. 287.

gieren, da er auf einer ausnahmslosen Anerkennung der Grenzen bestand. Der Chef des Außenministeriums vertrat diese klare Haltung nicht zuletzt auch aufgrund der Sorge, die Bundesrepublik wolle die DDR aus der sozialistischen Gemeinschaft herausreißen. Des Weiteren diskutierten die beiden noch über die Rolle West-Berlins. Bahr stellte klar, dass es sich hierbei nicht um einen Bestandteil der Bundesrepublik handele, es aber notwendig sei, dieses Thema als wichtigen Baustein des Gesamtkomplexes einzubeziehen.¹³⁷ Die Forderung basierte auf der besonderen Bedeutung, die Berlin für den gebürtigen Thüringer spielte. Hier sammelte er prägende Erfahrungen, konzipierte seine Ostpolitik und erlebte den Kalten Krieg hautnah. Außerdem materialisierte sich an diesem Ort der Ost-West-Konflikt. Deshalb nahm er sich vor, die politische und die menschliche Situation in der Stadt durch sein entspannungspolitisches Konzept nachhaltig zu verbessern.¹³⁸ Es entwickelte sich zwischen den zwei Chefunterhändlern auf diese Weise eine dreistündige Diskussion, die an Quantität und Qualität alle bisherigen Gespräche in den Schatten stellte. Besonders die territoriale Frage sollte auch in den weiteren Gesprächen zu dem zentralen Streitpunkt werden.¹³⁹ Laut Bahr war allerdings „die erste Feuerprobe“ somit bestanden.¹⁴⁰

Im Anschluss an die Diskussion unterrichtete Gromyko den Generalsekretär sechs Stunden lang über das stattgefundenere Treffen mit der bundesdeutschen Delegation. Breschnew kam daraufhin zu dem endgültigen Entschluss, dass es für eine noch reibungslosere Verständigung mit der Bundesrepublik förderlich wäre, wenn er die Tätigkeiten des KGB und des Außenministeriums enger miteinander verzahnen würde. Da sich „Mr. Njet“ jedoch lange offen gegen eine Geheimdiplomatie, wie sie der KGB praktizierte, ausgesprochen hatte, war dies kein leichtes Unterfangen. Erst als der Parteichef ein klärendes Gespräch zwischen Gromyko und Andropow initiierte, begannen sie, ihre Beziehung zueinander zu verbessern, sodass aus den ehemaligen Gegnern allmählich enge Verbündete wurden. Im Zuge dieser Umstrukturierung erhielt Breschnew einen direkten Informationskanal zum Verlauf der bundesdeutsch-sowjetischen Unterredungen und war somit in der Lage, einzu-

¹³⁷ Vgl. Dok. 28. Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. 30. Januar 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. I. München 2001. S. 112-114.

¹³⁸ Vgl. Vogtmeier. 1996. S. 141-143.

¹³⁹ Vgl. Dannenberg. 2008. S. 52.

¹⁴⁰ Bahr. 1996. S. 287.

greifen.¹⁴¹ Doch auch Egon Bahr profitierte hiervon, da er sich tagsüber in die aufreibenden Verhandlungen im Außenministerium stürzen konnte, um abends mit seinen Kontaktpersonen des „geheimen Kanals“ in Verbindung zu treten, die ihn über die Besonderheiten der sowjetischen Innen- und Außenpolitik aufklärten und bereit waren, neuartige Einblicke in die interne Machtstruktur der KPdSU zu liefern. Jene Informationen aus erster Hand waren für Bonn und seinen Chefunterhändler von unschätzbarem Wert, denn sie ließen einen ungeahnten Pluralismus im Kreml deutlich werden, über den zu diesem Zeitpunkt noch kein westlicher Staat Bescheid wusste.¹⁴² Für Bahr war dies sogar „ein Gewinn, der sich durchaus neben dem sehen lassen konnte, was auf Papier aufgeschrieben ein paar Monate danach Vertrag werden sollte“.¹⁴³

Während der informelle Gesprächsfaden an Fahrt gewann, benötigten die offiziellen Unterredungen weiterhin Starthilfe, denn auch im zweiten Treffen vom 3. Februar 1970 kam es zu keinen Fortschritten in der Grenzfrage. Allerdings waren sich beide Delegationen darin einig, dass eine Übereinkunft in diesem Komplex eine zentrale Bedingung für die erfolgreiche Aushandlung eines Gewaltverzichts darstellte. Daher verschrieben sie sich dem Ziel, eine einheitliche Sprachregelung, was die Absicht der Grenzankennung und -veränderung anging, zu finden. Eine solche gemeinsame Formulierung müsste laut Bahr von allgemeinem Charakter sein und könnte in späteren Abkommen mit den übrigen sozialistischen Staaten konkretisiert werden. Außerdem untermauerte der Staatssekretär abermals den Status West-Berlins, der seiner Meinung nach nicht abgeändert werden durfte, wenn die Realitäten in Europa gleichzeitig festgeschrieben werden sollten. Abseits der territorialen Aspekte einigten sich die beiden Unterhändler auf die Prinzipien und Ziele der UN-Charta als Basis ihrer Verhandlungen. Dabei wollten sie bewusst auf die sogenannte Feindstaatenklausel aus den Artikeln 53 und 107 jener Satzung verzichten, da diese den Unterzeichnern das Recht einräumte, eine militärische Intervention in den mit ihnen während des Zweiten Weltkriegs verfeindeten Ländern durchzuführen. Abschließend negierte Gromyko das bundesdeutsche Vorhaben, eine mögliche europäische Friedenskonferenz von dem Abschluss des Gewaltverzichts abhängig zu machen. Bahr war jedoch der Meinung, dass ein solcher

¹⁴¹ Falin. 1993. S. 86f.

¹⁴² Vgl. Pavlov. 2020. S. 128f.

¹⁴³ Bahr. 1996. S. 293.

Kongress gar nicht zu Stande kommen würde, wenn der bundesdeutsch-sowjetische Dialog scheitern sollte.¹⁴⁴

Im darauffolgenden Gespräch vom 6. Februar 1970 wurde erstmals die Idee eines gemeinsamen „Arbeitspapiers“ angeregt, das die bisherigen Diskussionsinhalte zusammenfassen und somit die Grundlage für die weitere Erörterung liefern sollte. Nachdem lange umstritten war, von wem dieser Vorschlag stammte, liefern die neuen Archivalien nun den Beweis, dass die Initiative zu jener Überlegung von Egon Bahr ausging. So brachte er verschiedene Aspekte an, die in einem solchen Dokument festgehalten werden könnten, allen voran das Ziel, die Lage in Europa zu normalisieren. Gromyko zeigte sich durchaus einverstanden mit einem solchen Kommuniqué, wies allerdings darauf hin, dass sich ein derartiges Papier aus den übereinstimmenden Standpunkten zusammensetzen müsste und nicht das Trennende betonen dürfte. Hier spielte er vor allem auf die Fragen der bundesdeutschen Grenzankennung, der Erwähnung der Wiedervereinigung und des Status West-Berlins an, in denen bisher noch keine Übereinkünfte erzielt worden waren.¹⁴⁵ Vier Tage später wurde die Diskussion über den möglichen Inhalt des Schriftstückes fortgesetzt. Neben vereinzelten Fortschritten weigerte sich die sowjetische Seite allerdings weiterhin, jeglichen Hinweis auf eine zukünftige Wiedervereinigung mit aufzunehmen, da diese nichts mit dem Gewaltverzicht zu tun hätte.¹⁴⁶ In der Konsequenz eröffnete Bahr in der folgenden Sitzung vom 17. Februar 1970 die Möglichkeit, die Wahrung der deutschen Frage nicht im schlussendlichen Abkommen zu integrieren, sondern sich darüber in einem Briefwechsel zu verständigen.¹⁴⁷ Auf diese Weise konnte er das sowjetische Veto umgehen und die Deutsche Einheit durch die Hintertür eventuell doch noch auf die Tagesordnung

¹⁴⁴ Vgl. 3. Februar 1970: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_02_03_RGANI_F5_op62_d685_S_28-40.pdf/8c06aa85-5948-302a-324f-0a4a832579fc?t=1593340772247) (09.05.2021).

¹⁴⁵ Vgl. 6. Februar 1970: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_02_06_RGANI_F5_op62_d685_S_54-61.pdf) (10.05.2021).

¹⁴⁶ Vgl. 10. Februar 1970: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_02_10_RGANI_F5_op62_d685_S_62-70.pdf/fabbbc07-3843-c924-077c-fb1587b2defe?t=1593423123110) (10.05.2021).

¹⁴⁷ Vgl. 17. Februar 1970: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_02_17_RGANI_F5_op62_d685_S_71-74.pdf/3c9eb609-eb7a-9f01-cf81-ac96e7b71fae?t=1592489553380) (10.05.2021).

setzen. Obwohl Gromyko nicht wirklich auf diese Idee einging, sollte sie später maßgeblichen Einfluss auf den Erfolg der Gespräche nehmen.

Auf seinen Wunsch hin einigten sich die beiden Seiten auf eine mehr als einwöchige Pause. Diese nutzte Willy Brandt unter anderem dafür, um den US-Präsidenten, wie nach Amtsantritt vereinbart, über den Stand der Unterredungen zu informieren. Da der Bundeskanzler auch weiterhin auf die Rückendeckung aus Washington angewiesen war, betonte er in Richtung Nixon ausdrücklich, dass sich Egon Bahr in den Verhandlungen besonders für eine Wahrung der Vier-Mächte-Verantwortlichkeit einsetze.¹⁴⁸ Einen vergleichbaren Austausch pflegte der Bonner Regierungschef auch mit seinen Verbündeten in Frankreich und Großbritannien. Während die Bundesrepublik ihre Ostpolitik durch diese „backchannel-policy“ nach Westen hin absicherte, fand im Kreml ein interner Gedankenaustausch statt. Im Unterschied zu einem ersten Resümee aus dem Dezember kam das Politbüro nun zu der Schlussfolgerung, dass die Bundesrepublik in einigen Punkten deutlich gesprächsbereiter auftrat als noch unter Allardt. Daher zeigte sich die Führung der KPdSU trotz vieler ausstehender Fragen sehr erfreut über den Verlauf der Verhandlungen und eröffnete die Möglichkeit eines umfassenden Abkommens. Dieser Wandel in der sowjetischen Wahrnehmung beruhte maßgeblich auf dem Verhandlungsgeschick Egon Bahrs und seinem Plan, den Diskussionsgegenstand zu erweitern. Für das weitere Vorgehen erarbeitete das Parteigremium acht Kernbereiche, in denen weitere Übereinkünfte geschlossen werden sollten. Darunter fielen die territoriale Frage, die Beziehungen zwischen DDR und Bundesrepublik, die Festsetzung der Grenzen durch einen Friedensvertrag, die deutsche Einheit, die weiteren Länder, mit denen Bonn einen Gewaltverzicht vereinbaren könnte, der Verzicht auf Kernwaffen, der Status West-Berlins, das Münchener Abkommen von 1938, die Feindstaatenklausel und eine zukünftige gesamteuropäische Konferenz.¹⁴⁹

Um einen Fortschritt in diesen Punkten zu erwirken, setzte sich Gromyko im ersten Treffen der zweiten Verhandlungsrunde vom 3. März 1970 dafür ein, dass beide

¹⁴⁸ Nr. 88. Schreiben des Bundeskanzlers Brandt an den amerikanischen Präsidenten Nixon. Bonn, 25. Februar 1970. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe. (21. Oktober 1969 bis 30. September 1970). Bd. 1. 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970: Hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Wissenschaftliche Leitung: Klaus Hildebrand und Hans-Peter Schwarz. München 2002. S. 327.

¹⁴⁹ Vgl. 23. Februar 1970: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU. Bericht des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR über den Verlauf der sowjetisch-westdeutschen Verhandlungen über den Gewaltverzicht und Überlegungen zur weiteren taktischen Linie. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_02_23_RGANI_F3_op72_d322_S_4_7-18.pdf/7488aa36-231c-1b42-916b-07978b70d3d8?t=1602165802459) (11.05.2021).

Delegationen zunächst jeweils eigene Arbeitspapiere erstellen, um anschließend über deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu diskutieren.¹⁵⁰ Dementsprechend vertiefte er nochmals deutlich die Idee seines Gegenübers, eine Bilanzierung der bisherigen Gespräche vorzunehmen. Nachdem die beiden Abordnungen am 5. und 6. März ihre „Non-Papiere“ ausgetauscht hatten, zeigte sich Egon Bahr sehr zuversichtlich, was die gemeinsame Basis für einen Vertrag anging. Schließlich verzichtete die Regierung der UdSSR erstmals auf die Vokabel „Anerkennung“ in Bezug auf die Nachkriegsgrenzen und die DDR. Allerdings weigerte sie sich weiterhin, den Viermächte-Status Berlins, die „besonderen Beziehungen“ zwischen Bundesrepublik und DDR sowie die Deutsche Frage in einem Abkommen festzuschreiben. Doch letztendlich war auch Moskau gezwungen, jene Realitäten anzuerkennen, die für Bonn nicht verhandelbar waren, wenn sich die Neue Westpolitik langfristig durchsetzen sollte.¹⁵¹ Denn zeitgleich stellte Bahr durch die Einblicke des „geheimen Kanals“ fest, mit welcher immensen Furcht und Ratlosigkeit der Kreml in Bezug auf die chinesische Bedrohung agierte. Diese überraschende Erkenntnis bestärkte ihn in seiner Vermutung, dass auch die Sowjets nachdrücklich auf einen Vertragsabschluss setzten, um sich nach Westen hin Luft zu verschaffen.¹⁵²

Daher einigten sich die Gesprächspartner nach einer intensiven vierstündigen Diskussion vom 10. März 1970 auf die Ausarbeitung eines gemeinsamen Arbeitspapiers durch führende Mitarbeiter der jeweiligen Delegationen.¹⁵³ Über das fertige Dokument, welches in den Punkten 1 bis 4 die grundlegenden Inhalte eines möglichen Gewaltverzichtsvertrages und in 5 bis 11 weitere Absichtserklärungen regelte, wurde in den folgenden Treffen vom 13., 14. und 21. März ausgiebig debattiert.¹⁵⁴ Beide Vertretungen erzielten Einigkeit darüber, dass das mögliche Abkommen keine früher geschlossenen Verträge zwischen Bonn und Moskau

¹⁵⁰ Vgl. 3. März 1970: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_03_03_RGANI_F5_op62_d685_S_75-83.pdf/071ebfc9-c858-0d05-ea00-c9296214b3d1?t=159334077_2129) (11.05.2021).

¹⁵¹ Vgl. Niedhart. 2019. S. 52.

¹⁵² Vgl. Dok. 98. Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, z. Z. Moskau, an Bundeskanzler Brandt. 7. März 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. I. München 2001. S. 403f.

¹⁵³ Vgl. 10. März 1970: Niederschrift der Unterredung des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_03_10_RGANI_F5_op62_d685_S_91-99.pdf/91e9f333-0769-35d2-55f8-49df9de8ff33?t=1592333613634) (11.05.2021).

¹⁵⁴ Vgl. Dok. 114. Arbeitstext des Redaktionsausschusses. 11. März. 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. I. München 2001. S. 455ff.; Siehe auch: Dannenberg. 2008. S. 57.

berührte und sie sich für einen Beitritt der zwei deutschen Staaten in die UNO einsetzen wollten. Eine Lösung für die Frage der Nicht-Veränderbarkeit der bestehenden Grenzen stand allerdings immer noch nicht in Aussicht. Erneut brachte Bahr die Idee einer unilateralen Erklärung in Form eines Briefwechsels ins Spiel, die unabhängig von der im Vertrag geregelten Anerkennung der Grenzen die Wahrung der deutschen Frage betonen sollte. Obwohl die sowjetische Seite auf dieses Schriftstück nicht einmal hätte antworten müssen, lehnte Gromyko diesen Vorschlag erneut ab. Während einer langen Verhandlungspause reifte im Kreml allerdings die Überzeugung, dass es sich bei jener Überlegung doch um einen brauchbaren Kompromiss handelte. Deshalb erwog der Außenminister zum Beginn der dritten und letzten Gesprächsrunde am 12. Mai 1970 die Möglichkeit einer solchen Korrespondenz für den Fall, dass sich beide Seiten auf eine klare Formulierung bezüglich der Grenzen einigen würden.¹⁵⁵

Daraufhin ging die Diskussion in eine entscheidende Phase über, da Gromyko in einigen bisher strittigen Bereichen zu deutlichen Eingeständnissen bereit war. So verzichtete er am 15. Mai 1970 auf ein weiteres Drängen zur Ratifizierung des NV-Vertrags, verschob die Frage des Münchener Abkommens auf eine spätere bundesdeutsche Verhandlung mit Prag und willigte ein, dass Bonn bei den parallel anlaufenden Vier-Mächte-Gesprächen über Berlin auch eine Rolle spielte.¹⁵⁶ Somit waren fast alle Streitpunkte aus dem Weg geräumt worden. Es fehlte lediglich an einer Übereinkunft in der Grenzproblematik. Doch „Mr. Njet“ war in dieser Frage zu keinem Entgegenkommen bereit, weshalb Bahr daraufhin ein Vier-Augen-Gespräch über diese Thematik mit dem deutlich kompromissbereiteren Valentin Falin, dem Leiter der Zweiten Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium, initiierte. Mit dem ausgewiesenen Deutschlandexperten kam der bundesdeutsche Diplomat deutlich einfacher zu Fortschritten als mit dessen Vorgesetztem. Beide einigten sich darauf, auf den Begriff „Anerkennung“ zu verzichten, und diskutierten über alternative Formulierungen, wie „Unantastbarkeit“ oder „Unverletzlichkeit“ der Grenzen.¹⁵⁷ Obwohl jene Konzeptionen einen Durchbruch in den Verhandlungen

¹⁵⁵ Vgl. Filitov, Aleksej: Der Moskauer Vertrag und der „Brief zur deutschen Einheit“. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 170f.

¹⁵⁶ Vgl. Dok. 206. Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. 15. Mai 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 774ff.

¹⁵⁷ Vgl. Falin. 1993. S. 91ff.

bedeutet hätten, lehnte Gromyko diese ab, als sie ihm am 20. Mai durch Falin übermittelt wurden. Der sowjetische Chefdiplomat beharrte so vehement wie noch nie zuvor auf den Begriffen „Anerkennung“ und „Unverrückbarkeit“, auch aufgrund des Drucks aus Ost-Berlin und Warschau.¹⁵⁸ Darüber hinaus legte er Bahr eine Unterbrechung der Verhandlungen nah, indem er ihn provokativ fragte, ob er nach Bonn zurückkehren wolle.¹⁵⁹ Bahr war fassungslos, wie die sowjetische Seite den Erfolg der bisherigen Gespräche auf diese Weise aufs Spiel setzte, und erwog in einem emotionalen Brief an sein Gegenüber, Moskau tatsächlich zu verlassen.¹⁶⁰ Aus der Angst heraus, die Aushandlung könnte scheitern, schaltete sich nun das Politbüro ein und forderte Gromyko zu einem Umdenken auf. Durch diese Intervention Breschnews, aber auch durch die Drohung seines bundesdeutschen Gegenübers gab der sowjetische Chefunterhändler schließlich doch nach und akzeptierte den Entwurf von Bahr und Falin. Beide Seiten einigten sich somit auf die „Unverletzlichkeit“ der Grenzen. Jene Formulierung brachte einerseits den Willen zum Ausdruck, den Status quo in Europa zu akzeptieren, meißelte diesen jedoch nicht für alle Zeit in Stein, was besonders für die Bundesregierung eine wertvolle Errungenschaft darstellte, da die Chance auf die Deutsche Einheit somit wieder in ihrer Hand lag.

Am 22. Mai 1970 nickte Gromyko das gemeinsame Dokument schließlich nach über 55 Verhandlungsstunden ab. Es sollte als das „Bahr-Papier“ in die Geschichte eingehen, doch eigentlich müsste eher die Rede vom „Bahr-Gromyko-Papier“ sein, da beide Chefunterhändler gleichbedeutend um dieses Kommuniqué gerungen haben.¹⁶¹ Der Text lieferte die zentrale Grundlage für den Moskauer Vertrag, da seine ersten vier Leitsätze zum Gewaltverzicht bereits den Kern des späteren Abkommens vorwegnahmen. In den übrigen Punkten 5 bis 10 wurden all die anderen Fragen in Form von Absichtserklärungen zusammengefasst, über die im Verlauf der

¹⁵⁸ Vgl. Dok. 219. Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, z.Z. Moskau, an Bundesminister Scheel. 20. Mai 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 820.

¹⁵⁹ Vgl. Bahr. 1996. S. 317.

¹⁶⁰ Vgl. Nr. 149 Schreiben des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt Bahr an den sowjetischen Außenminister Gromyko. Moskau, 21. Mai 1970. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe. (21. Oktober 1969 bis 30. September 1970). Bd. 1. 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970: Hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Wissenschaftliche Leitung: Klaus Hildebrand und Hans-Peter Schwarz. München 2002. S. 604.

¹⁶¹ Vgl. Link. 2001. S. 305.

Verhandlungen ebenfalls diskutiert worden war.¹⁶² Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass die Hauptarbeit des gesamten Aushandlungsprozesses in den Gesprächen von Egon Bahr und Andrej Gromyko stattgefunden hat, wie der sowjetische Außenminister später selbst zugab.¹⁶³ Folglich hatte der Bonner Gesandte den Schlüssel gefunden, nach dem er seit seiner Ankunft in Moskau gesucht hatte. Doch es oblag einem neuen Akteur auf bundesdeutscher Seite, mit diesem das Schloss letztendlich auch zu öffnen und die gemeinsamen Formulierungen in Vertragsform zu gießen.

3.3 Letzte Meter: Finalisierung des Vertrags

Da die Bundesregierung bisher selbst kaum den genauen Wortlaut der bundesdeutsch-sowjetischen Vereinbarung kannte, begannen in Bonn zügig intensive Beratungen über das weitere Vorgehen. Besonders Bundesaußenminister Walter Scheel drängte auf eine Beschleunigung des Prozesses, weil er fest entschlossen war, nach Moskau zu reisen, um einerseits den Vertragsabschluss zu besiegeln und dadurch andererseits sein eigenes Profil zu schärfen.¹⁶⁴ Schließlich erlebte der FDP-Vorsitzende einen sehr schleppenden Start in seinem neuen Amt. Dies lag zum einen daran, dass Brandt, wie fast alle Bundeskanzler zuvor, selbst die Zügel der Außenpolitik in der Hand hielt, was die öffentliche Wahrnehmung Scheels verschlechterte. Zum anderen wurde ihm aufgrund seines heiteren Gemütes und seiner Wissenslücken, was die internationalen Beziehungen anging, das nötige Format für den Posten des Chefs des Auswärtigen Amtes abgesprochen. Scheel gab sich trotz dieser Schwierigkeiten entspannt und setzte auf eine konstruktive Arbeit. Nicht umsonst zeigte er sich vollkommen einverstanden damit, dass Egon Bahr anstelle von ihm im Februar 1970 den Meinungsaustausch in Moskau fortgesetzt hatte und diese Entscheidung im Nachhinein auch als seine eigene Idee verkaufte. Doch nun war die Zeit des Rheinländers gekommen. Schließlich verfügte er im Unterschied zu den bisherigen bundesdeutschen Unterhändlern qua Amt auch über die Kompetenz, internationale Verträge zu schließen.¹⁶⁵ Auch der Kreml sondierte die Ausgangslage ausgiebig. Aus einem Bericht des KGB geht hervor, dass die

¹⁶² Vgl. Dok. 221. Leitsätze für einen Vertrag mit der UdSSR. 20. Mai 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 822ff.

¹⁶³ Vgl. Gromyko, Andrej: Erinnerungen. Düsseldorf 1989. S. 282.

¹⁶⁴ Vgl. Baring. 1998. S. 372f.

¹⁶⁵ Vgl. Ebd. S. 321ff.

sowjetischen Politikexperten zuversichtlich waren, bald zu unkomplizierten Lösungen mit Bonn in Fragen des Gewaltverzichts und der Anerkennung der Nachkriegsgrenzen zu kommen. Allerdings spielte der Faktor Zeit für die wissenschaftlichen Berater eine wichtige Rolle, da sie nicht einschätzen konnten, wie lange sich die sozial-liberale Regierung im Amt halten können würde. Demnach war die Moskauer Führung dazu aufgerufen, rasch die Gespräche fortzusetzen.¹⁶⁶

Es zeigte sich bald, dass die beidseitige Forderung nach einer zügigen Finalisierung der Verhandlungen nicht aus der Luft gegriffen war, denn im Juli wurde das vollständige „Bahr-Gromyko-Papier“ durch die „Bild“-Zeitung unvorhergesehen veröffentlicht, was in der Bundesrepublik zu einem gehörigen Aufschrei bei großen Teilen der Gesellschaft und vor allem bei der Opposition führte. Ranghohe Vertreter der Union sprachen sich vehement gegen die Vereinbarungen des Dokuments aus, da sie das Selbstbestimmungsrecht der Bundesrepublik gefährdet sahen. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß kritisierte, dass es sich bei den Formulierungen bereits um den fertigen Vertragstext handele.¹⁶⁷ Doch das Gegenteil war der Fall. Erst durch die ungeplante Veröffentlichung wurden die Textpassagen festgezurr, da sich die sowjetische Seite, die alles andere als erfreut über diese Indiskretion war, von nun an weniger auf Abänderungen der einzelnen Leitsätze einlassen konnte, wenn sie ihr Gesicht wahren wollte. Dieser Umstand setzte Scheel zeitlich und inhaltlich noch mehr unter Druck. Nach weiteren internen Unterredungen beschloss das Kabinett am 23. Juli 1970, dass der Außenminister die Verhandlungen mit der Sowjetunion wieder aufnehmen solle.¹⁶⁸

Daraufhin reiste er mit seiner Delegation, der unter anderem auch Egon Bahr angehörte, nach Moskau und begann am 27. Juli 1970 die Gespräche mit Gromyko. Scheel eröffnete im ersten Treffen am folgenden Tag seinem Gegenüber die Veränderungen des Vertragstexts, die während des Sommers durch das Auswärtige Amt erarbeitet worden waren. Er schlug vor, den Grenzartikel des „Bahr-Gromyko-Papiers“ durch die Ausführungen zum Gewaltverzicht zu konkretisieren, indem ein

¹⁶⁶ Vgl. 3. Juni 1970: Bericht des stellv. Vorsitzenden des KGB, A. N. Malygin, an das ZK der KPdSU. Informationen zur Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen und zur Lösung der Deutschen Frage. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_06_03_RGANI_F5_op62_d568_S_19-22.pdf/197920ce-b0b8-675d-2372-8f3f97a77a8d?t=1602165803173) (16.05.2021).

¹⁶⁷ Vgl. Tiggemann, Anselm: CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969-1972. Frankfurt a.M. 1998. S. 51f.

¹⁶⁸ Vgl. Dok. 328. Instruktionen für Bundesminister Scheel. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1222.

Nebensatz eingefügt werden sollte, der beide Leitsätze verbunden hätte.¹⁶⁹ Auf diese Weise würde im Mittelpunkt des Vertrages ein grenzbezogener Gewaltverzicht stehen und die Bundesrepublik die Nachkriegsgrenzen vor allem wegen des Verzichts auf Gewaltanwendung anerkennen.¹⁷⁰

Eine solche „Brücke“ lehnte Gromyko allerdings strikt ab und pochte darauf, die Textpassagen so zu belassen, wie sie in der vorangegangenen Verhandlungsphase ausgearbeitet worden waren. Einen Tag später erweiterte der „harte Knochen“ seine Kritik, indem er festhielt, dass in diesem Fall „nur Gewalt zur Korrigierung der Grenzen ausgeschlossen wird“. Unter diesen Umständen und der Tatsache, dass Moskau der Bundesregierung bereits in der Frage der „Anerkennung“ entgegenkam, war er sogar dazu bereit, die Verhandlungen platzen zu lassen.¹⁷¹ Doch die bundesdeutsche Delegation musste auf ihrer Forderung beharren, denn sie war für eine schlussendliche Ratifizierung des Vertrags darauf angewiesen, dass dieser nicht nur verfassungskonform ist, sondern auch von einer Mehrheit im Bundestag angenommen wird. Hierfür musste Bonn allerdings noch weitere Konfliktfelder abräumen. Einerseits musste nach einer Lösung gesucht werden, wie das bundesdeutsch-sowjetische Abkommen die Vier-Mächte-Verantwortung wahren konnte. Andererseits galt es, deutlich zu machen, dass die Übereinkunft keinen Friedensvertrag darstellte, sondern lediglich eine vorübergehende völkerrechtliche Verständigung zwischen den beiden Staaten. Darüber hinaus brachte die bundesdeutsche Regierung erneut eine befriedigende Berlin-Regelung ins Spiel und verknüpfte diese mit der Vertragsratifizierung. Sowohl dieses „Berlin-Junktum“, als auch die übrigen Forderungen stießen bei Gromyko auf taube Ohren und Ablehnung. Die große Hürde in dieser Phase der Verhandlungen bestand darin, dass die Bundesrepublik eine vertragliche Regelung des Modus-vivendi auf den Weg bringen wollte, die Sowjetunion hingegen die weitere Fixierung des Status quo anstrebte.¹⁷²

Abseits der unübersehbaren Schwierigkeiten gab es allerdings auch einige Lichtblicke. Denn Gromyko stellte endgültig klar, auf die Feindstaatenklausel verzichten zu wollen, eröffnete die Möglichkeit, ähnlich angelegte Verträge in

¹⁶⁹ Vgl. Dok. 337. Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. 28. Juli 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1260.

¹⁷⁰ Vgl. Baring. 1998. S. 409.

¹⁷¹ Vgl. Dok. 340. Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. 29. Juli 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1276.

¹⁷² Vgl. Link. 2001. S. 306.

anderen Bereichen zu schließen und erklärte sich bereit, einen Brief zur deutschen Einheit entgegen zu nehmen.¹⁷³ Besonders letzteres Eingeständnis war für die Bundesregierung von großem Wert. Zudem gelang es zwei Mitgliedern der Delegationen, Deutschlandkenner Valentin Falin und Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Paul Frank, die Punkte 1, 2 und 4 des „Bahr-Gromyko-Papiers“ in eine vertragliche Form zu übersetzen. Doch obwohl Scheel auf eine für ihn typische Weise besonders diese positiven Momente des gegenseitigen Austausches hervorhob, fanden die Amtskollegen nicht wirklich zueinander, weshalb ein Ende der Unterredungen drohte. Um dieses Unglück zu verhindern, schaltete sich erneut der „geheime Kanal“ ein. Wie bereits in den entscheidenden Tagen des Mai 1970 vor der Verabschiedung des gemeinsamen Non-Papiers kam es abermals zu zwei informellen Treffen zwischen Bahr und Falin, in welchen sie sich über die zentralen Konfliktfelder austauschten. Der bundesdeutsche Chefstrategie pochte hierbei mit Nachdruck auf die geforderte Verbindung der Leitsätze 2 und 3 als ausschlaggebendes Element für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen. In der Folge akzeptierte das Politbüro die besagte „Brücken“-Konstruktion und gab Gromyko den Auftrag, den Aushandlungsprozess abzuschließen.¹⁷⁴

Am 2. August 1970 kam es dann aufgrund dieser Weichenstellung zum plötzlichen Durchbruch in den Gesprächen. Der zumeist so mürrisch wirkende Gromyko hatte Scheel auf seine Datscha in der Nähe von Moskau eingeladen. Beide unterhielten sich zwei Stunden lang im Garten der Residenz bei lockerer und privater Atmosphäre über alle möglichen Themen, als seien die vorangegangenen Differenzen vergessen gewesen. Dann begann Gromyko auf einmal unvermittelt, über die Gewichtung von Grenzenerkennung und Gewaltverzicht zu sprechen, und offerierte seinem Gesprächspartner ein sowjetisches Einlenken in dieser Frage.¹⁷⁵ Nun ging alles ganz schnell. Bereits einen Tag später erstellten die gut harmonisierenden Delegationsvertreter Frank und Falin den Inhalt der Präambel.¹⁷⁶ Danach formulierten sie den

¹⁷³ Vgl. Dok. 340. Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. 29. Juli 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1281.

¹⁷⁴ Vgl. Dok. 352. Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, z.Z. Moskau, an Bundeskanzler Brandt. 1. August 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1336.

¹⁷⁵ Vgl. Dok. 354. Aufzeichnung des Bundesministers Scheel, z.Z. Moskau. 2. August 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1340f.

¹⁷⁶ Vgl. Dok. 356. Gespräch des Staatssekretärs Frank mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Falin, in Moskau. 3. August 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1351-1357.

Brief zur Deutschen Einheit und beschlossen schlussendlich in einem inoffiziellen Treffen, dass Bonn die Vier-Mächte-Verantwortung und den ausstehenden Friedensvertrag jeweils in unilateralen Erklärungen festhalten werde. Scheel und Gromyko mussten diesen Entscheidungen nur noch zustimmen, sodass der eigentliche Vertragstext am 4. August 1970 fertig war. Das schlussendliche Abkommen, bestehend aus einer Präambel und fünf Artikeln, beinhaltete folgende Erklärungen: Erstens stellten die Vertragspartner klar, den Frieden in Europa basierend auf dem Status quo wahren zu wollen. Zweitens fixierten sie den Gewaltverzicht und das Ziel, jegliche Streitfragen auf friedlichem Wege zu lösen. Drittens wurde die Grenz- anerkennung festgeschrieben und über die besagte „Brücke“, dass „der Friede in Europa nur erhalten werden kann, wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet“, mit dem vorangegangenen Artikel verknüpft. Zudem wurde neben der Unverletzlichkeit aller Grenzen explizit auf die Achtung der Oder-Neiße-Linie und der innerdeutschen Grenze verwiesen. Viertens hielten beide Seiten fest, dass die Übereinkunft keine früheren bi- oder multilateralen Verträge berühre und fünftens verständigten sich die Staaten auf das Inkrafttreten des Textes nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden.¹⁷⁷

Bis zum letzten Moment versuchte Scheel, die Erwähnung der Oder-Neiße-Linie als westpolnische Staatsgrenze zu verhindern, scheiterte jedoch an dem Veto Gromykos.¹⁷⁸ Außerdem schaffte es die bundesdeutsche Seite nicht, die Berlin-Problematik in das Abkommen zu integrieren und entschied sich daher, erneut auf eine einseitige Erklärung zurückzugreifen, in der die Wichtigkeit einer befriedigenden Regelung zur geteilten Stadt für die europäische Entspannung betont wurde. Dennoch markierte das schlussendliche Vertragswerk einen gewaltigen Durchbruch in den bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen. Denn aus dem anfänglichen Plan eines gegenseitigen Austauschs von Gewaltverzichtserklärungen wurde ein bi-lateraler Vertrag, der zentrale Probleme der europäischen Sicherheit regelte. Nichts könnte diese Entwicklung besser zusammenfassen als der Vorschlag Gromykos, den bisher benutzten Begriff des „Gewaltverzichts“ komplett aus dem Titel des Vertrages

¹⁷⁷ Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken [„Moskauer Vertrag“ Vom 12. August 1970]. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 739ff.

¹⁷⁸ Vgl. Dok. 365 Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck. 5. August 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1385f.

zu streichen, da die erzielten Ergebnisse den ursprünglichen Gedanken deutlich übertrafen.¹⁷⁹ Dass diese Idee kurz vor dem Vertragsabschluss ausgerechnet vom sowjetischen Außenminister kam, der lange als Gegner eines Dialoges mit Bonn galt, war sehr überraschend für alle Anwesenden, stand allerdings auch beispielhaft für eine Vielzahl von Akteuren, die im Laufe der Zeit ihre Scheu vor dem Gegenüber abgelegt und entscheidend zum Erfolg der Unterredungen beigetragen hatten. Am 12. August 1970 war es dann so weit. Nach über 10 Monaten der Verhandlungen wurde der „Moskauer Vertrag“ im Katharinensaal des Kremls durch die Regierungschefs Brandt und Kossygin sowie die Außenminister Scheel und Gromyko feierlich unterzeichnet. Breschnew fungierte als Schirmherr der Veranstaltung und positionierte sich symbolkräftig hinter den Unterzeichnern. Nach Jahren der Konfrontation ermöglichte das erreichte Abkommen, dass die Bundesrepublik und die Sowjetunion von nun an sachlich zusammenarbeiteten und sich für Entspannung in Europa einsetzten.

4. Schlussbetrachtung

Abseits der politischen Bedeutung ging von der Vertragsunterzeichnung noch eine weitere wichtige Entwicklung aus. Denn am Rande der offiziellen Zeremonie kam es erstmals zu einem Aufeinandertreffen zwischen Willy Brandt und Leonid Breschnew. Der Generalsekretär hatte im Vorfeld darauf bestanden, dass auch der Bundeskanzler das Abkommen unterzeichnet, um ihn im Anschluss näher kennenzulernen. Beide waren sich von Anfang an sympathisch, neigten allerdings dennoch eher dazu, zu monologisieren, als miteinander zu diskutieren. Dennoch dauerte ihr Gespräch über vier Stunden und führte zu dem Entschluss, sich mindestens einmal im Jahr treffen zu wollen. Neben der transnationalen Annäherung der Bundesrepublik und der Sowjetunion entwickelte sich nun auch zwischen deren politischen Führungspersönlichkeiten eine vertrauensvolle Beziehung. Dabei verband die zwei Parteiführer nicht nur ihre Freude an angenehmer Gesellschaft, die Schwäche für Frauen und das permanente Rauchen, sondern vor allem der tiefe Wunsch nach Entspannung und ihre konsequente Ablehnung der NS-Verbrechen, sei es als ehemaliger Emigrant oder einstiger Soldat der Roten Armee.¹⁸⁰ Doch obwohl sich die

¹⁷⁹ Vgl. Pavlov. 2020. S. 130.

¹⁸⁰ Vgl. Schattenberg. 2017. S. 489ff.

beiden Politiker erst im August 1970 zum ersten Mal getroffen hatten, trugen ihre Konzeptionen von Neuer Ost- und Westpolitik schon seit 1966 maßgeblich zur erfolgreichen Aushandlung des Moskauer Vertrags bei. Diese Arbeit hat demnach gezeigt, dass es nicht zulässig ist, allein die Bonner Ostpolitik heranzuziehen, wenn es um den Erfolg der europäischen Entspannung geht, sondern auch auf die Bedeutung des Moskauer Westkurses verwiesen werden muss. Anknüpfend an die zu Grunde liegende Forschungsfrage ergeben sich somit vier zentrale Untersuchungsergebnisse.

Erstens handelte es sich bei dem Moskauer Vertrag nicht nur um ein Resultat aus den Verhandlungen der Jahre 1969 und 1970, sondern um ein Produkt, das im Laufe der zweiten Hälfte der 1960er Jahre stetig gewachsen ist – zumal es sich bei dem Gewaltverzicht nicht um einen Einfall der sozial-liberalen Regierung handelte, sondern um eine Idee von Bundeskanzler Ludwig Erhard, die durch die Große Koalition aufgegriffen wurde, um sie anschließend erstmals konstruktiv zu verfolgen. Der daraus resultierende umfangreiche Notenwechsel zwischen Bonn und Moskau aus den Jahren 1967 und 1968 lieferte letztendlich die entscheidende Voraussetzung dafür, dass beide Seiten ihre Gespräche zum Gewaltverzicht im Dezember 1969 so problemlos wieder aufnehmen konnten.¹⁸¹ Zudem kam der SPD die Große Koalition sehr gelegen, da sie in ihrer Rolle als Juniorpartner wichtige Erfahrung für die eigene Regierung generieren konnte. Nicht umsonst resümiert Bahr: „Ohne die Große Koalition wäre der Wahlerfolg 1969 nicht erreichbar gewesen“.¹⁸² Getragen von der größeren außenpolitischen Freiheit der sozial-liberalen Koalition war die Bundesrepublik ab Ende 1969 dann in der Lage, jene dialogbereite Rolle im Ost-West-Konflikt einzunehmen, die zur Aushandlung des Moskauer Vertrags geführt hatte.¹⁸³ Gleichzeitig stieß auch die Sowjetunion wichtige Entwicklungen zu mehr Entspannung in Europa und der Welt an, wie das Projekt einer multilateralen Friedenskonferenz. Schließlich war es auch nicht Bonn, sondern Moskau, das im Frühjahr 1969 durch den „Budapester Appell“ die entspannungspolitische Wende einleitete, indem die Kremlführung ungeahnte Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft an den Tag legte. Da dieser Kurswechsel beinahe zeitgleich mit dem Antritt der Nixon-Administration in den USA fiel, die sich ebenso für eine Normalisierung in den

¹⁸¹ Vgl. Vogtmeier. 1996. S. 121.

¹⁸² Vgl. Bahr. 1996. S. 194.

¹⁸³ Vgl. Niedhart; Albert. 1994. S. 28.

internationalen Beziehungen einsetzen wollte, stand einem Dialog nichts mehr im Wege.¹⁸⁴

Zweitens befruchteten sich die Konzepte der Bundesrepublik und der Sowjetunion gegenseitig, denn sowohl die Neue Ost- als auch die Neue Westpolitik benötigten einen Adressaten auf der anderen Seite, um den eigenen Plan umsetzen zu können. Dies wird daran deutlich, dass die diplomatischen Erfolge erst dann einsetzten, als Bonn auf seinen selektiven Kurs verzichtete und Moskau seine Ressentiments zurückschraubte. Die entspannungspolitischen Programmatiken allein hätten keinen großen Einfluss auf die Détente gehabt. Erst als sie kombiniert wurden, konnte der Durchbruch gelingen. Das gegenseitige Bedingen der Bonner Ost- und Moskauer Westpolitik wird im Fall des „Prager Frühlings“ deutlich. Da die Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt einen außenpolitischen Kurs fuhr, der Moskau umschiffte, musste das Politbüro seine Macht umso eindrücklicher zur Schau stellen und entschied sich daher für eine militärische Intervention in der Tschechoslowakei. Auf diesem Weg konnte nicht nur verhindert werden, dass sich die reformerischen Gedanken Dubčeks im „Ostblock“ verbreiteten, sondern auch, dass die osteuropäischen Staaten sich an den westdeutschen Staat annäherten. Erst durch dieses konsequente Vorgehen konnte die UdSSR ihre Macht behaupten und sich auch aufgrund ihrer drohenden Isolation für eine Entspannung einsetzen. Die Bundesrepublik wiederum war aufgrund dieser Machtdemonstration dazu gezwungen, von ihrer bisherigen Programmatik abzurücken, und gelangte daher schließlich zur Einsicht, den Schlüssel für eine Entspannung zukünftig in Moskau suchen zu wollen. Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ wurde somit zu einem Schlüsselmoment für die Genese des Moskauer Vertrags. Abgesehen von diesen Entwicklungen wird die Wechselwirkung der beiden Strategien auch in den Verhandlungen der Jahre 1969 und 1970 deutlich. Denn wie die neuen Archivalien zeigen, war die sowjetische Führung erst dann zu grundlegenden Eingeständnissen bereit, als die Bundesregierung sich zu Gegenleistungen, wie der Anerkennung des Status quo oder der Unterzeichnung des NV-Vertrags, durchringen konnte.

Drittens waren die Regierungen in Bonn und Moskau auf bemerkenswerte Art und Weise dazu bereit, ihre weltanschaulichen Unterschiede auszublenden, um sich vollkommen auf eine konstruktive Sacharbeit zu fokussieren. Besonders Breschnew

¹⁸⁴ Vgl. Lehmann, Hans Georg: Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik. Bonn 1984. S. 161.

löste sich von den ideologischen „Fesseln“, indem er entgegen jeglicher marxistischer Prinzipien stets die kulturellen Gemeinsamkeiten zwischen der UdSSR und Westeuropa betonte.¹⁸⁵ Einen Ausdruck jener offenen Geisteshaltung stellt nicht zuletzt auch der Entschluss der sowjetischen Führung dar, trotz der tiefgreifenden kommunistischen Abneigung gegenüber der Sozialdemokratie ausgerechnet einen Dialog mit dem ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler Brandt zu initiieren.¹⁸⁶ Auch in der Bundesrepublik zeigten sich die Regierungsvertreter deutlich realistischer, was die Einschätzung Moskaus anging. Die Angst vor einer aggressiven Außenpolitik der UdSSR war verfliegen und das Gespenst des Antikommunismus vertrieben. Zwar hielt die sozial-liberale Koalition trotz jener veränderten Einstellung weiterhin an ihrer Kritik zur sowjetischen Hochrüstung fest, brachte diese jedoch deutlich zurückhaltender zum Ausdruck. Dem neuen Regierungsbündnis ging es nämlich darum, die positiven Elemente der sowjetischen Westpolitik zu betonen und gleichzeitig die negativen Aspekte herunterzuspielen, um die eigene Politik zu legitimieren.¹⁸⁷ Auf diese Weise gelang es beiden Staaten, ihre jahrzehntelangen Dogmen abzulegen und mit dem Gegenüber einen Dialog zu starten.

Viertens spielte neben der Interaktion auf staatlicher Ebene vor allem das Akteurshandeln eine entscheidende Rolle für das Zustandekommen des Moskauer Vertrags. Die Personenabhängigkeit von Neuer Ost- und Westpolitik liegt vor allem darin begründet, dass Brandt und Breschnew sich stets in den Mittelpunkt ihrer Programmatiken stellten und wiederum enge Vertraute, wie Egon Bahr oder Valentin Falin, in den Gesprächen installierten. Zudem trug vor allem der geheime Charakter der Verhandlungen dazu bei, dass insbesondere das zwischenmenschliche Element von großer Bedeutung war.¹⁸⁸ Für den Erfolg dieser informellen Unterredungen war es umso wichtiger, dass die Unterhändler einen persönlichen Draht zueinander haben aufbauen können. Nur auf diese Weise war es möglich, Gräben zu überwinden und Vertrauen zu schaffen. Neben der Beziehung von Mensch zu Mensch waren es vor allem die dialektischen und kulturellen Qualifikationen der entscheidenden Akteure, die zum Abschluss des Moskauer Vertrags führten.¹⁸⁹

¹⁸⁵ Vgl. Radchenko. 2020. S. 269.

¹⁸⁶ Vgl. Ebd. S. 256.

¹⁸⁷ Vgl. Albert, Reiner: Das Sowjetunion-Bild in der sozialliberalen Ostpolitik 1969-1975. In: Diner, Dan; Stern, Frank (Hrsg.) Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte. Deutschland und Russland. Bd. 24. Gerlingen 1995. S. 325f.

¹⁸⁸ Vgl. Fuchs. 1999. S. 37f.

¹⁸⁹ Vgl. Ebd. S. 245f.

Während sich bereits die Aushandlung jenes Vertragswerks als sehr problematisch herausstellte, sollte sich dies auch für dessen endgültige Ratifizierung bewahrheiten. Aus der Angst heraus, das gesamte Konstrukt könne vielleicht doch noch in sich zusammenfallen, machte Breschnew sein Versprechen wahr und lud Brandt 1971 zu sich auf die Krim ein. Beide Politiker gingen mit diesem ungewöhnlichen Treffen ein gehöriges Risiko ein. Der Bundeskanzler befand sich wegen des Ratifizierungsprozesses unter Dauerbeschuss durch die Opposition und Breschnew vollführte mit der Einladung seinen ersten außenpolitischen Alleingang, da weder Gromyko noch Kossygin zugegen waren. Passend zu ihrem Politikstil entschieden sich die zwei Parteichefs allerdings dafür, diese Widerstände zu überwinden und sich anzunähern. Das daraus resultierende Badewochenende stellte eine diplomatische Kuriosität dar, weil es trotz sechzehnständiger Beratungen zu kaum nennenswerten Ergebnissen kam. Doch allein die menschliche Annäherung und das Zustandekommen des Moskauer Vertrags an sich lieferten bereits entscheidende Wegmarken, die für die Bundesrepublik und die Sowjetunion von großer Bedeutung waren.

Bonn war es durch die langersehnte Übereinkunft mit dem Kreml möglich, weitere Gewaltverzichtsverträge mit seinen östlichen Nachbarn zu schließen. Dabei griff die Bundesregierung nicht nur auf die Formeln des Moskauer Vertrags zurück, sondern auch auf jene Argumentationen und Erklärungen, die bereits während der langen Verhandlungen zur Sprache gekommen waren. Auf diese Weise konnten der „Warschauer Vertrag“ mit Polen 1970, das „Transitabkommen“ 1971 und der „Grundlagenvertrag“ 1972 mit der DDR sowie der „Prager Vertrag“ mit der Tschechoslowakei 1973 geschlossen werden. Durch das „Viermächteabkommen über Berlin“ von 1971 stabilisierte sich zudem die Lage in der geteilten Stadt. Neben der wichtigen Fixierung der Nachkriegsgrenzen ermöglichte der Moskauer Vertrag der UdSSR außerdem weitere Gas- und Röhrenverträge, welche die sowjetische Wirtschaft enorm entlasteten.¹⁹⁰ Darüber hinaus stärkte das Abkommen die Position des Generalsekretärs, da der Vertragsabschluss einherging mit der de-facto-Anerkennung der „Breschnew-Doktrin“.¹⁹¹ Insofern geht von dem Badewochenende vor allem eine symbolische Bedeutung aus, denn es zeigt, dass Bundesrepublik und Sowjetunion es geschafft hatten: Sie konnten einen neuen Anfang machen.

¹⁹⁰ Vgl. Pavlenko, Ol'ga: Die Wirtschaft als Triebfeder der Entspannung: von erzwungener Kooperation zu pragmatischer Partnerschaft. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 398ff.

¹⁹¹ Vgl. Petrov. 2020. S. 278.

5. Quellen- und Literaturverzeichnis

5.1 Quellenverzeichnis

Dokumente

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland.

Dok. 324. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr. 1. Oktober 1968. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1968. Bd. II. München 1999. S. 1278-1281.

Dok. 116. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin. 4. April 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. I. München 2000. S. 446-451.

Dok. 219. Erklärungen der Bundesrepublik und der UdSSR über einen Gewaltverzicht (Entwurf). 3. Juli 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 770-772.

Dok. 297. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York. 22. September 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1057-1063.

Dok. 336. Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin. 30. Oktober 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1190-1194.

Dok. 363. Bundesminister Scheel an Botschafter Allardt, Moskau. 14. November 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1289f.

Dok. 368. Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin. 17. November 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1304-1310.

Dok. 390. Bundesminister Scheel an Botschafter Allardt, Moskau. 6. Dezember 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1379-1383.

Dok. 392. Botschafter Allardt, Moskau, an Bundesminister Scheel. 8. Dezember 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1386-1388.

Dok. 398. Botschafter Allardt, Moskau, an Bundesminister Scheel. 11. Dezember 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1405-1410.

Dok. 412. Aufzeichnung des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt. 24. Dezember 1969. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Bd. II. München 2000. S. 1465f.

Dok. 8. Aufzeichnung des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt. 14. Januar 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. I. München 2001. S. 20-23.

Dok. 28. Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. 30. Januar 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. I. München 2001. S. 105-118.

Dok. 98. Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, z. Z. Moskau, an Bundeskanzler Brandt. 7. März 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. I. München 2001. S. 401-404.

Dok. 114. Arbeitstext des Redaktionsausschusses. 11 März 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. I. München 2001. S. 455ff.

Dok. 206. Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. 15. Mai 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S.773-776.

Dok. 219. Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, z.Z. Moskau, an Bundesminister Scheel. 20. Mai 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 820.

Dok. 221. Leitsätze für einen Vertrag mit der UdSSR. 20. Mai 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 822ff.

Dok. 328. Instruktionen für Bundesminister Scheel. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1222-1224.

Dok. 337. Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. 28. Juli 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1257-1264.

Dok. 340. Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. 29. Juli 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1274-1281.

Dok. 352. Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, z.Z. Moskau, an Bundeskanzler Brandt. 1. August 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1335ff.

Dok. 354. Aufzeichnung des Bundesministers Scheel, z.Z. Moskau. 2. August 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1337-1341.

Dok. 356. Gespräch des Staatssekretärs Frank mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Falin, in Moskau. 3. August 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1351-1357.

Dok. 365 Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Schenck. 5. August 1970. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Bd. II. München 2001. S. 1385f.

Dokumente zur Deutschlandpolitik.

Nr. 48. Vermerk des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt Bahr über das Gespräch mit dem Kontaktmann der sowjetischen Regierung Lednew. Bonn, 24. Dezember 1969. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe. (21. Oktober 1969 bis 30. September 1970). Bd. 1. 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970: Hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Wissenschaftliche Leitung: Klaus Hildebrand und Hans-Peter Schwarz. München 2002. S. 167f.

Nr. 88. Schreiben des Bundeskanzlers Brandt an den amerikanischen Präsidenten Nixon. Bonn, 25. Februar 1970. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe. (21. Oktober 1969 bis 30. September 1970). Bd. 1. 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970: Hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Wissenschaftliche Leitung: Klaus Hildebrand und Hans-Peter Schwarz. München 2002. S. 327.

Nr. 149. Schreiben des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt Bahr an den sowjetischen Außenminister Gromyko. Moskau, 21. Mai 1970. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe. (21. Oktober 1969 bis 30. September 1970). Bd. 1. 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970: Hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Wissenschaftliche Leitung: Klaus Hildebrand und Hans-Peter Schwarz. München 2002. S. 604.

Fischer, Frank (Bearb.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Bd. 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974. Bonn 2005.

Nr. 27. Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, Brandt, vor dem Deutschen Bundestag. 28. Oktober 1969. In: Fischer, Frank (Bearb.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Bd. 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974. Bonn 2005. S. 236-246.

Nr. 57. Aus dem Vermerk des Bundeskanzlers, Brandt, über das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. 16. September 1971. In: Fischer, Frank (Bearb.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Bd. 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974. Bonn 2005. S. 372-374.

Neue Sowjetische Dokumente 1967-1974. Internetressourcen der Konrad-Adenauer-Stiftung.

3. März 1967: Gespräch des Ersten Sekretärs der sowjetischen Botschaft in der BRD, A. D. Zacharov, mit dem Leiter des Planungsstabs des Auswärtigen Amts, E. Bahr.

(https://www.kas.de/documents/259803/9423602/1967_03_03_RGANI_F5_op59_d360_S_50-54.pdf/9dbfea8f-b56f-0c2c-6846-3852741ac35c?t=1593177716271) (14.04.2021).

22.-23. Mai 1967: Handschriftliche Notizen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, zu Fragen der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern Osteuropas, der Außenpolitik der BRD und einer Vereinigung Deutschlands.

(https://www.kas.de/documents/259803/9423602/1967_05_22_RGANI_F80_op1_d569_S_15-31.pdf/0913ae0f-18e2-fc4a-9de2-3ff0d9e02b86?t=1593177716030) (18.04.2021).

28. Februar 1968: Gespräch des Ersten Sekretärs der sowjetischen Botschaft in der BRD, A. D. Zacharov, mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, H. Schmidt. (https://www.kas.de/documents/259803/9423756/1968_02_28_RGANI_F5_op60_d475_S_6-10.pdf/6c0db8a0-3531-9199-8c9d-6914164dbe97?t=1593178546447) (17.04.2021).

24. Mai 1969: Bericht des stellv. Vorsitzenden des KGB, N. S. Zacharov, an das ZK der KPdSU zu Ergebnissen und Perspektiven der Ostpolitik.

(https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_05_24_RGANI_F5_op6_d417_S_1-8.pdf/bdc0e75f-891c-dd45-e69c-f09a9e9c2587?t=1593190016122) (20.04.2021).

14. Oktober 1969: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU Über die Unterredung des sowjetischen Botschafters in Bonn, S. K. Carapkin, mit dem Außenminister der BRD, W. Brandt. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_10_14_RGANI_F3_op72_d293_S_9-10.pdf/0bc60b77-845c-7c16-5f2f-5929e32ba093?t=1602165905893) (22.04.2021).

1. Dezember 1969: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU Über die politische Linie und einige praktische Schritte der UdSSR in Bezug auf die

Bildung der Regierung Brandt. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_01_RGANI_F3_op72_d304_S_3-4_7-41.pdf/986fb28c-ad20-a388-b979-29a1cc4b0df0?t=1602165906279) (27.04.2021).

6. Dezember 1969: Beschluss des ZK der KPdSU Zu den Verhandlungen mit der BRD über den Gewaltverzicht. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_06_RGANI_F3_op72_d308_S_27-31.pdf/91c2cace-dac9-8711-991b-18383aba1f2a?t=1602165906527) (28.04.2021).

11. Dezember 1969: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Botschafter der BRD in der UdSSR, H. Allardt. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_11_RGANI_F5_op61_d572_S_269-274.pdf/dfa45d2f-b9db-fb76-f235-6db513ffb74f?t=1593190016946) (02.05.2021).

15. Dezember 1969: Auszug aus der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, auf dem Plenum des ZK der KPdSU. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_15_RGANI_F2_op3_d168_S_65-72.pdf/4c2823be-68bb-d075-a2f8-9f292dd17a49?t=1593423104550) (02.05.2021).

23. Dezember 1969: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Botschafter der BRD in der UdSSR, H. Allardt. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_23_RGANI_F5_op61_d572_S_278-286.pdf/cf89be70-a5e1-5693-def7-261053374a70?t=1593173786821) (04.05.2021).

26. Dezember 1969: Information des stellv. Vorsitzenden des KGB, N. S. Zacharov, an das ZK der KPdSU über die Sicht der Regierungskreise der USA auf den Wahlsieg der SPD und die Bildung einer neuen Regierung in der BRD. (https://www.kas.de/documents/259803/9344674/1969_12_26_RGANI_F5_op61_d572_S_298-300.pdf/bb25d949-6e4b-0cdf-6d22-3fa9e57969af?t=1592333543600) (23.04.2021).

3. Februar 1970: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_02_03_RGANI_F5_op62

_d685_S_28-40.pdf/8c06aa85-5948-302a-324f-0a4a832579fc?t=1593340772247) (09.05.2021).

6. Februar 1970: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_02_06_RGANI_F5_op62_d685_S_54-61.pdf) (10.05.2021).

10. Februar 1970: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_02_10_RGANI_F5_op62_d685_S_62-70.pdf/fabbbc07-3843-c924-077c-fb1587b2defe?t=1593423123110) (10.05.2021).

17. Februar 1970: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_02_17_RGANI_F5_op62_d685_S_71-74.pdf/3c9eb609-eb7a-9f01-cf81-ac96e7b71fae?t=1592489553380) (10.05.2021).

23. Februar 1970: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU. Bericht des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR über den Verlauf der sowjetisch-westdeutschen Verhandlungen über den Gewaltverzicht und Überlegungen zur weiteren taktischen Linie. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_02_23_RGANI_F3_op7_d322_S_4_7-18.pdf/7488aa36-231c-1b42-916b-07978b70d3d8?t=1602165802459) (11.05.2021).

3. März 1970: Niederschrift des Gesprächs des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_03_03_RGANI_F5_op62_d685_S_75-83.pdf/071ebfc9-c858-0d05-ea00-c9296214b3d1?t=1593340772129) (11.05.2021).

10. März 1970: Niederschrift der Unterredung des sowjetischen Außenministers A. A. Gromyko mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, E. Bahr. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_03_10_RGANI_F5_op62

_d685_S_91-99.pdf/91e9f333-0769-35d2-55f8-49df9de8ff33?t=1592333613634)
(11.05.2021).

3. Juni 1970: Bericht des stellv. Vorsitzenden des KGB, A. N. Malygin, an das ZK der KPdSU. Informationen zur Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen und zur Lösung der Deutschen Frage. (https://www.kas.de/documents/259803/9344677/1970_06_03_RGANI_F5_op62_d568_S_19-22.pdf/197920ce-b0b8-675d-2372-8f3f97a77a8d?t=1602165803173) (16.05.2021).

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken [„Moskauer Vertrag“ Vom 12. August 1970]. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 739ff.

Memoiren, Erinnerungen, Zeitzeugenberichte

Allardt, Helmut: Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erinnerungen. Düsseldorf 1973.

Brandt, Willy: Erinnerungen. Mit einem aktuellen Vorwort. Frankfurt a. M. 1992.

Bahr, Egon: Zu meiner Zeit. München 1998.

Falin, Valentin: Politische Erinnerungen. München 1993.

Gromyko, Andrej: Erinnerungen. Düsseldorf 1989.

Keworkow, Wjatscheslaw: Der geheime Kanal. Moskau, der KGB und die Bonner Ostpolitik. Berlin 1995.

Kissinger, Henry A.: Memoiren 1968-1973. München 1979.

Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen. Berlin 1989.

5.2 Literaturverzeichnis

Monografien

Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Berlin 1998.

Bender, Peter: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung. München 1996.

Creuzberger, Stefan: Westintegration und Neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik. Berlin 2009.

Dannenberg, Julia von: The Foundations of Ostpolitik. The Making of the Moscow Treaty between West Germany and the USSR. Oxford 2008.

Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit 1969-1982. Bonn 2011.

Fuchs, Stephan: „Dreiecksverhältnisse sind immer kompliziert“. Kissinger, Bahr und die Ostpolitik. Hamburg 1999.

Görtemaker, Manfred: Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943-1979. München 1979.

Kroegel, Dirk: Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition. München 1997.

Lehmann, Hans Georg: Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik. Bonn 1984.

Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist. Stuttgart/München 2002.

Morozow, Michael: Leonid Breschnew. Stuttgart 1973.

Niedhart, Gottfried: Durch den Eisernen Vorhang. Die Ära Brandt und das Ende des Kalten Kriegs. Darmstadt 2019.

Niedhart, Gottfried: Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975. München 2014.

Potthoff, Heinrich: Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990. Berlin 1999.

Schattenberg, Susanne: Leonid Breschnew. Staatsmann und Schauspieler im Schatten Stalins. Köln 2017.

Schirmer, André: Die Deutschlandpolitik der SPD in der Übergangsphase vom Kalten Krieg zur Entspannungspolitik 1955-1970. Münster 1988.

Schönhoven, Klaus: Wendejahre. Die Sozialdemokraten in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969. Bonn 2004.

Senoo, Tetsuji: Ein Irrweg zur deutschen Einheit? Egon Bahrs Konzeptionen, die Ostpolitik und die KSZE 1963-1975. Frankfurt am Main 2011.

Tiggemann, Anselm: CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969-1972. Frankfurt a. M. 1998.

Westad, Odd Arne: Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte. Bonn 2020.

Winkels, Martin: Die Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland (1966-1969). Bonn 2009.

Sammelbandbeiträge

Bange, Oliver: Das Ende des Prager Frühlings 1968 und die bundesdeutsche Ostpolitik. In: Greiner, Bernd; Müller, Christian Th.; Walter, Dierk (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg. Bd. 2. Hamburg 2008. S. 411-445.

Filitov, Aleksej: Der Moskauer Vertrag und der „Brief zur deutschen Einheit“. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 167-178.

Karner, Stefan: Die sowjetische Wirtschaft der Chrusčev- und Brežnev-Jahre. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 323-385.

Keller, Andrej: Der sowjetisch-bundesdeutsche Energiedialog als Basis der Entspannung. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 413-427.

Kramer, Mark: Die Brežnev-Doktrin und ihre Auswirkungen auf die Ostpolitik. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 225-246.

Möller, Horst: Franz Josef Strauß und die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 155-165.

Pavlenko, Ol'ga: Die Wirtschaft als Triebfeder der Entspannung: von erzwungener Kooperation zu pragmatischer Partnerschaft. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 387-411.

Pavlov, Nikolaj: „Neue Ostpolitik“ der BRD oder „Neue Westpolitik“ der UdSSR? In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 119-131.

Peckert, Joachim: Die Deutschlandpolitik Breshnews im Europakonzept der Sowjetunion. In: Meissner, Boris; Einfeld, Alfred (Hrsg.): 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis. Berlin 1999. S. 83-90.

Petrov, Nikita: Der geheime Kanal des KGB und seine Akteure, 1969-1981. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 273-285.

Pfeiler, Wolfgang: Die Deutschlandpolitik Breschnews – Kontinuität und Wandel. In: Meissner, Boris; Einfeld, Alfred (Hrsg.): 50 Jahre sowjetische und russische

Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis. Berlin 1999. S. 75-82.

Prozumenščikov, Michail: Brežnev und Brandts „neue Ostpolitik“. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 97-117.

Radchenko, Sergey: Die Sowjetunion, China und die Entspannungspolitik. In: Borchard, Michael; Karner, Stefan; Küsters, Hanns Jürgen; Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag. Wien 2020. S. 247-271.

Radchenko, Sergey: Fehlwahrnehmungen in den chinesisch-sowjetischen Krisen 1966 bis 1969. In: Greiner, Bernd; Müller, Christian Th.; Walter, Dierk (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg. Bd. 2. Hamburg 2008. S. 343-368.

Zeitschriftenaufsätze

Albert, Reiner: Das Sowjetunion-Bild in der sozialliberalen Ostpolitik 1969-1975. In: Diner, Dan; Stern, Frank (Hrsg.) Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte. Deutschland und Russland. Bd. 24. Gerlingen 1995. S. 299-326.

Link, Werner: Die Entstehung des Moskauer Vertrags im Lichte neuer Archivalien. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 2/2001. S. 295-315.

Mietkowska-Kaiser, Ines: Der Weg zum Moskauer Vertrag. In: Jahrbuch für Geschichte. Bd. 38. Berlin 1989. S. 311-360.

Niedhart, Gottfried; Albert, Reiner: Neue Ostpolitik und das Bild der Sowjetunion von 1968 bis 1975. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 14/1994. S. 27-35.

Schwarz, Hans-Peter: Die Regierung Kiesinger und die Krise in der ČSSR 1968. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 2/1999. S. 159-186.